



**Plangenehmigung**

**für den Bau eines Aufzugs sowie eines weiteren Zugangs  
im U-Bahnhof Paulsternstraße (Linie U7)**

**im Bezirk Spandau  
von Berlin**

Gesch.-Z.: SenMVKU IV E 1 – PG 2020-0017 vom 25. Januar 2024

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>2</b>
<b>A Verfügender Teil</b>	<b>5</b>
A I    Plangenehmigung	5
A II    Nebenbestimmungen	7
A II.1    Allgemeines	7
A II.2    Inanspruchnahme/Beeinträchtigung von Grundstücken	8
A II.3    Brandschutz	9
A II.4    Immissionsschutz	9
A II.4.1    Lärmschutz	9
A II.4.2    Schutz vor baubedingten Luftverunreinigungen	9
A II.5    Eingriffe in Natur und Landschaft	10
A II.5.1    Baumschutz	10
A II.5.2    Vogel-/Artenschutz	10
A II.6    Straßenbau	11
A II.6.1    Allgemein	11
A II.6.2    Beleuchtung	11
A II.7    Straßenverkehrsbehördliche Belange	11
A II.8    Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes	12
A II.8.1    Dauerhafte Sondernutzung	12
A II.8.2    Temporäre Sondernutzung	12
A II.9    Wiederherstellung der bauzeitlich genutzten Flächen	13
A II.10    Abfall	14
A II.11    Bodenschutz	15
A II.12    Denkmalschutz	15
A II.13    Anlagen Dritter	15
A III    Wasserbehördliche Erlaubnis	16
A III.1    Niederschlagsentwässerung	16
A III.2    Grundwasser - Inhaltsbestimmungen	16
A III.2.1    Einleiten von Stoffen in das Grundwasser	16
A III.2.2    Entnahme von Grundwasser	16
A III.3    Grundwasser - Nebenbestimmungen	17
A III.3.1    Befristung	17
A III.3.2    Bedingungen	17
A III.3.3    Allgemeine Auflagen	18
A III.3.4    Auflagen für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser	19
A III.3.5    Auflagen für die Grundwasserentnahme	20
A III.3.6    Auflagen für die Grundwasserableitung	21
A IV    Entscheidungen über Einwendungen	23
A V    Kosten	24

<b>B Begründung</b>	<b>24</b>
B I    Beschreibung des Vorhabens	24
B II    Verwaltungsverfahren	24
B III    Rechtliche Würdigung	28
B III.1    Verfahrensrecht	28
B III.1.1    Rechtsgrundlage	28
B III.1.2    Zuständigkeit	29
B III.2    Umweltverträglichkeit	29
B III.3    Materielles Recht	30
B III.3.1    Planrechtfertigung	30
B III.3.2    Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen und deren Bewertung	33
B III.3.3    Verhältnis zur Bauleitplanung	34
B III.3.4    Klimaschutz	35
B IV    Festsetzungen und Nebenbestimmungen	36
B IV.1    Allgemeines	36
B IV.2    Inanspruchnahme/Beeinträchtigung von Grundstücken	36
B IV.3    Brandschutz	37
B IV.4    Immissionsschutz	37
B IV.5    Eingriffe in Natur und Landschaft	37
B IV.6    Straßenbau	37
B IV.7    Straßenverkehrsbehördliche Belange	38
B IV.8    Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes	38
B IV.8.1    Dauerhafte Sondernutzung	38
B IV.8.2    Temporäre Sondernutzung	38
B IV.9    Wiederherstellung der bauzeitlich genutzten Flächen	38
B IV.10    Abfall	39
B IV.11    Bodenschutz	40
B IV.12    Denkmalschutz	40
B IV.13    Anlagen Dritter	40
B V    Wasserbehördliche Erlaubnis	40
B V.1    Allgemein	40
B V.2    Niederschlagsentwässerung	42
B V.3    Grundwasser	42
B V.4    Hinweise	43
B VI    Einwendungen von Privatpersonen	44
B VII    Gesamtabwägung	44
<b>C Kostenentscheidung</b>	<b>46</b>
<b>D Rechtsbehelfsbelehrung</b>	<b>46</b>
<b>E Hinweise</b>	<b>47</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>48</b>

## Fassungs- und Fundstellennachweis

53

**A**

**Verfügender Teil**

**A I Plangenehmigung**

Der von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Unternehmensbereich U-Bahn, mit Schreiben vom 10. Februar 2022 eingereichte und mehrfach - zuletzt mit ergänzendem Schreiben vom 25. Oktober 2023 - aktualisierte Plan für

den Bau eines Aufzugs sowie eines weiteren Zugangs  
im U-Bahnhof Paulsternstraße auf der Linie U7  
im Bezirk Spandau von Berlin

bestehend aus

Nr.	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Maßstab	Stand
	Erläuterungsbericht Index b (18 Seiten)		23.10.2023
P_PG 2.1b	Plan Entwurf Straßenebene Grundrisse und Schnitte-B	1:100	23.10.2023
P_PG 2.2b	Plan Entwurf Zwischenebene Grundrisse und Schnitte-B	1:100	23.10.2023
P_PG 2.3a	Plan Entwurf Bahnsteigebene Grundrisse und Schnitte-A	1:100	08.05.2023
P_PG 3a	Plan Straßenebene Baustelleneinrichtung und Leitungsübersicht-A	1:200	08.05.2023
P_PG 4	Plan Straßenebene Instandhaltung und Sacheigentum	1:200	07.02.2022

wird gemäß § 28 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) i.V.m. § 74 Abs. 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) mit den unter A II enthaltenen Auflagen und Nebenbestimmungen sowie mit der unter A III aufgeführten wasserbehördlichen Erlaubnis und den in Blau und Violett vorgenommenen Ergänzungen/Änderungen genehmigt.

Weiterhin lagen der Planfeststellungsbehörde zur Beurteilung des Vorhabens zur Information die folgenden Unterlagen vor:

Nr.	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Maßstab	Stand
	Entwurfsplanung Baugrubensicherung (32 Seiten)		27.09.2019
P_BG 001	Plan Baugrubensicherung Grundriss, Schnitte	1:100	27.09.2019
	Geotechnischer Bericht (30 Seiten + 33 Seiten Anlagen)		22.08.2019
	Gutachten zum Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis (21 Seiten + 16 Seiten Anlagen)		14.10.2019
	Brandschutzkonzept 93awk17-G1 (39 Seiten)		28.03.2018
	Brandschutzkonzept 93awk17-G2, 1. Fortschreibung (42 Seiten)		22.05.2019
P_PG 1	Plan Lagevarianten Aufzug und neue Außentreppe - Grundrisse, Schnitte	1:500	07.02.2022

Durch die Plangenehmigung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt. Aufgrund der materiellen Konzentrationswirkung der Plangenehmigung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder Zustimmungen hierüber hinaus nicht erforderlich. Bestandteile dieser Genehmigung sind:

1. Auf Grundlage der Zustimmung des Bezirksamtes Spandau von Berlin die Erlaubnis zur Errichtung eines Ausgangs und eines Aufzugs einschließlich Einhausung, Überdachung, Schneefang sowie Entwässerungsmulde und die Genehmigung zur dauerhaften Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes auf dem Mittelstreifen der Nonnendammallee mit einer Instandhaltungsfläche von 70 m<sup>2</sup> gemäß § 31 Abs. 1 PBefG.
2. Im Benehmen mit dem Bezirksamt Spandau von Berlin die Erlaubnis zur Errichtung einer Erschließungsfläche bestehend aus gepflastertem Gehweg und wassergebundenem Randstreifen samt Fahrradstellplätzen auf dem Mittelstreifen der Nonnendammallee mit einer Gesamtfläche von 140 m<sup>2</sup> als notwendige Folgemaßnahme gemäß § 75 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 VwVfG.
3. Im Benehmen mit dem Bezirksamt Spandau von Berlin die Erlaubnis zum Umbau des öffentlichen Straßenlandes auf dem Mittelstreifen der Nonnendammallee in Grünflächen von 320 m<sup>2</sup> als Randflächen der vorbezeichneten Fläche sowie die Erlaubnis zum Umbau des öffentlichen Straßenlandes auf dem Mittelstreifen der Nonnendammallee durch Neubau von Kreuzungswende und Parkplatzerschließung auf einer Fläche von 375 m<sup>2</sup> als notwendige Folgemaßnahmen gemäß § 75 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 VwVfG.
4. Im Benehmen mit dem Bezirksamt Spandau von Berlin die Genehmigung zur temporären Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes der Nonnendammallee bestehend aus 1.370 m<sup>2</sup> Baustelleneinrichtungsfläche und 660 m<sup>2</sup> Baugrube für die Dauer von insgesamt 18 Monaten gemäß §§ 12 und 11 BerlStrG für den Neubau des Ausgangs dem Grunde nach.

5. Im Benehmen mit dem Bezirksamt Spandau von Berlin und der Abteilung Verkehrsmanagement (derzeit SenMVKU Abt. VI) die straßenverkehrsbehördliche Anordnung zur Einrichtung von Arbeitsstellen und der bauzeitlichen Verkehrsführung nach § 45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) dem Grunde nach.
6. Auf Grundlage der Zustimmung der Unteren Denkmalbehörde des Bezirksamtes Spandau von Berlin und im Benehmen mit dem Landesdenkmalamt Berlin die denkmalschutzrechtliche Genehmigung zum Bau eines Aufzugs sowie eines weiteren Zugangs im U-Bahnhof Paulsternstraße gemäß § 11 des Gesetzes zum Schutz von Denkmalen in Berlin (DSchG Bln).
7. Im Benehmen mit dem Bezirksamt Spandau von Berlin und der Obersten Naturschutzbehörde des Landes Berlin (derzeit SenMVKU Abt. III) die Genehmigung zur dauerhaften Neuversiegelung einer Fläche von ca. 295 m<sup>2</sup> gemäß § 17 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und die Genehmigung zur Fällung von drei Bäumen (Nr. 0070, 0071 sowie 0403) gemäß § 5 Baumschutzverordnung (BaumSchVO).
8. Auf Grundlage der Zustimmung der Obersten Wasserbehörde des Landes Berlin (derzeit SenMVKU Abt. II) die Erlaubnis zum Eingriff in das Grundwasser gemäß §§ 8 bis 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Eine Änderung der Pläne ohne Zustimmung der Planfeststellungsbehörde ist nicht zulässig.

## **A II Nebenbestimmungen**

### **A II.1 Allgemeines**

- a) Vor Baubeginn sind der Technischen Aufsichtsbehörde (TAB, derzeit SenMVKU IV E 3) die Ausführungsunterlagen zur Zustimmung nach § 60 Abs. 3 der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BOStrab) vorzulegen.
- b) Die bauliche Umsetzung des Vorhabens bedarf der Zustimmung der TAB und erfolgt unter deren Fachaufsicht.
- c) Die örtlichen Bauaufsichtsstrukturen sind der TAB und der Planfeststellungsbehörde (derzeit SenMVKU IV E 1) rechtzeitig vor Baubeginn unter Angabe von Namen und Telefonnummern mitzuteilen. Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- d) Die von der Baumaßnahme betroffene Öffentlichkeit, insbesondere die Anlieger, sind rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme über die Inanspruchnahme von Flächen oder Flächenteilen, über die Nutzung von Wegen und über Veränderungen in den Zufahrten und Zugängen zu den Grundstücken sowie über die zeitliche Abfolge der Bauarbeiten in geeigneter Weise zu informieren. Gleiches gilt bei unvorhergesehenen Änderungen im Bauablauf.
- e) Die grundsätzliche Erreichbarkeit der Grundstücke sowie die Sicherung der Ver- und Entsorgung während der Baumaßnahme sind zu gewährleisten.
- f) Die Ausführungsplanung, die Gestaltung des Bauablaufes und die Sicherung der Baustellen haben in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen zu erfolgen.

- g) Die Durchführung des Vorhabens hat insgesamt nach dem aktuellen Stand der Technik zu erfolgen.
- h) Sämtliche mit der Durchführung des Vorhabens sowie insbesondere zur Einhaltung der Nebenbestimmungen verbundenen Kosten trägt die Vorhabenträgerin, soweit sich nicht aus gesetzlichen Vorschriften etwas anderes ergibt.
- i) Die während der Baudurchführung beanspruchten Straßen, Wege und sonstigen Flächen sind nach Beendigung der Bauarbeiten nach Maßgabe dieser Genehmigung entsprechend ihres Zustandes vor Baubeginn wiederherzustellen.
- j) Die Einhaltung der für die Baustellen geltenden Richtlinien und Vorschriften insbesondere bzgl. der Belastung durch Lärm, Erschütterung, Staub sowie der Wasserreinhaltung und des Schutzes von angrenzenden Flächen als auch der mit der vorliegenden Genehmigung angeordneten diesbezüglichen Auflagen hat die Vorhabenträgerin durch regelmäßige Baustellenkontrollen sicherzustellen. Durchführung und Ergebnisse der Kontrollen sind zu dokumentieren und der Planfeststellungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.
- k) Zur Kontrolle der mit dieser Plangenehmigung angeordneten Nebenbestimmungen und Auflagen ist den Mitarbeitern der Planfeststellungsbehörde und allen von ihr beauftragten Personen jederzeit Zugang zur Baustelle und Einsicht in die Bauakten zu gewähren.
- l) Baubeginn, Inbetriebnahme sowie Fertigstellung des Vorhabens sind der Planfeststellungsbehörde formlos – jedoch schriftlich – anzuzeigen; die Einhaltung der in dieser Plangenehmigung verfügbaren Nebenbestimmungen und Auflagen ist rechtzeitig vor den genannten Zeitpunkten von der Vorhabenträgerin zu bestätigen. Ab Baubeginn ist quartalsweise ein Sachstandsbericht über den Fortschritt des Vorhabens bei der Planfeststellungsbehörde einzureichen, in dem insbesondere über ungeplante Ereignisse sowie über Verzögerungen zu informieren ist. Mit der Fertigstellungsanzeige ist zusätzlich eine Erklärung des Betriebsleiters einzureichen, dass das Vorhaben in allen Punkten der Genehmigung entspricht. Sollte die Verkehrsanlage vor Fertigstellung (die beispielsweise auch die Fertigstellungspflege von Baumsatzpflanzungen umfasst) des Vorhabens in Betrieb genommen werden, so ist vor Inbetriebnahme bei der Planfeststellungsbehörde ein Sachstandsbericht einzureichen, aus dem der aktuelle Stand des Vorhabens hervorgeht und aufgezeigt wird, wie die Vorhabenträgerin das Vorhaben bis zum Abschluss weiterführen möchte.

## A II.2 Inanspruchnahme/Beeinträchtigung von Grundstücken

Vor Inanspruchnahme oder Beeinträchtigung der für die Durchführung der Baumaßnahme notwendigen Flächen sind, sofern nicht bereits geschehen, rechtzeitig die erforderlichen privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen der Vorhabenträgerin und den jeweiligen Partnern zu schließen.

Die Zufahrt zu dem privaten Grundstück Nonnendammallee 44 (Flurstück 70 in der Flur 2 der Gemarkung Haselhorst (im Plan „Straßenebene Baustelleneinrichtung und Leitungsübersicht-A“ als „Tor 2 Osram“ bezeichnet)) ist während der gesamten Bauzeit zu gewährleisten.



### A II.3 Brandschutz

Bei den Baumaßnahmen sind die Forderungen des Strategiepapiers „Grundsätze in unterirdischen Verkehrsanlagen“ der Berliner Feuerwehr umzusetzen. Dies beinhaltet auch die Forderung nach einer Löschwasseranlage Trocken im Bahnsteigs- und Trompetenbereich sowie einer Aktualisierung des Brandschutzkonzeptes.

Die Rettungswegkennzeichnung ist unter Berücksichtigung des neuen Ausgangs anzupassen.

Für das Bauvorhaben ist ein Feuerwehrplan aufzustellen. In diesem sind die Anforderungen nach DIN 14095 und DIN 14034-6 einzuhalten und die Anforderungen aus dem „Merkblatt zur Erstellung von Feuerwehrplänen“ der Berliner Feuerwehr zu beachten. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme ist der Berliner Feuerwehr der Feuerwehrplan in digitaler sowie in Papierform zu übergeben.

### A II.4 Immissionsschutz

#### A II.4.1 Lärmschutz

Während der Bauzeit hat die Vorhabenträgerin zu gewährleisten, dass die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen (AVV Baulärm), die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) und das Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin (LImSchG Bln) beachtet werden.

Alle Bauarbeiten dürfen nur in der Zeit von 07.00 bis 20.00 Uhr stattfinden.

Soweit Bauarbeiten ausnahmsweise in den nach § 3 LImSchG Bln besonders geschützten Zeiten, d.h. an allen Tagen von 22.00 bis 06.00 Uhr (Nachtruhe) sowie ganztätig an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, durchgeführt werden sollen, ist hierzu nach § 8 LImSchG Bln ein Antrag auf Zulassung von Ausnahmen bei der Immissionsschutzbehörde (derzeit SenMVKU I C) zu stellen. Die Vorhabenträgerin ist verpflichtet, die Planfeststellungsbehörde vor Stellung eines solchen Antrags über die beabsichtigte Maßnahme und den beabsichtigten Antrag in Kenntnis zu setzen.

#### A II.4.2 Schutz vor baubedingten Luftverunreinigungen

Die Vorhabenträgerin hat durch Anweisung der bauausführenden Unternehmen sicherzustellen, dass Dieselruß- und Staubemissionen so weit wie möglich reduziert werden. Insbesondere sind folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- a) Fahrzeuge und Geräte sind abzuschalten, soweit sie nicht baubedingt genutzt werden.
- b) Staubbelaastete Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen sind bei trockener Witterung zu befeuchten. Beim Transport von staubentwickelnden Materialien sind die Baufahrzeuge bzw. Materialien abzudecken oder zu befeuchten. Der Leitfaden "Vermeidung und Verminderung von Staubemissionen auf Baustellen" (SenMVKU, Stand März 2021, abrufbar unter <https://www.berlin.de/umwelt/themen/laerm/artikel.252662.php>) ist zu beachten.

## A II.5 Eingriffe in Natur und Landschaft

### A II.5.1 Baumschutz

Aufgrabungen innerhalb des geschützten Wurzelbereichs geschützter Bäume (Kronentraufe zzgl. 1,50 m, bei säulenförmigen Bäumen zuzüglich 5 m nach allen Seiten) müssen vorab zur Wurzelsichtung in Handschachtung erfolgen. Die notwendige Durchtrennung freigelegter Wurzeln mit einem Durchmesser von mehr als 2,0 cm bedarf einer gesonderten Ausnahmegenehmigung. Diese ist ggf. direkt beim Umwelt- und Naturschutzamt des Bezirksamtes Spandau von Berlin, FB Naturschutz, zu erwirken. Jungbäumen sind alle Wurzeln zu erhalten.

Die zu entfernenden Bäume 0070 und 0071 (in den Planunterlagen als B3 bzw. B4 bezeichnet) sind art- und standortgleich mit einer Pflanzqualität Stammumfang 16/18 zu ersetzen.

Das Fällen und Beschneiden von Bäumen darf gemäß § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September erfolgen. Bäume und geschützte Bäume im Bereich der Baustelle und der Baustelleneinrichtungsfläche sowie Bäume und geschützte Bäume, deren Krone und/oder Wurzeln in die Baustelle oder Baustelleneinrichtungsfläche hineinragen, sind gemäß § 13 S. 1 und § 15 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 4 Abs. 1 und 2 BaumSchVO unter Einhaltung der DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen von Baumaßnahmen – und der Richtlinie zum Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen (RAS-LP4 vom 20. September 1999) zu erhalten und zu schützen. Sie dürfen durch das Baugeschehen nicht in ihrem Fortbestand beeinträchtigt werden. Für eine Entnahme und Umsetzung im unmittelbaren Vorfeld der Fällung ggf. doch aufgefundenen winterschlafender oder lethargischer Tiere ist eine Ausnahmegenehmigung erforderlich.

### A II.5.2 Vogel-/Artenschutz

Vor Entfernung des Baumes 0403 (in den Planunterlagen als Baum B1 bezeichnet) ist ein Gutachten zu erstellen, ob dieser Baum geschützte Lebensstätten gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG aufweist (Höhlen, Rindentaschen etc.). Das Gutachten ist der Planfeststellungsbehörde und der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen, deren weitergehende Anordnungen zu beachten sind. Die Planfeststellungsbehörde behält sich vor, im Ergebnis ihrer Prüfung ergänzende Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen anzuordnen.

Das Aufzugsgebäude ist so zu gestalten, dass Vogelanflug an Glas vermieden wird (durchsichtige oder spiegelnde Glasfläche vermeiden bzw. für Vogelaugen kenntlich machen). Die Außenbeleuchtung ist so zu wählen, dass störende Wirkungen auf Insekten, Vögel und Fledermäuse möglichst vermieden werden. Die Vorgaben „Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht“ (<https://www.berlin.de/sen/uvk/natur-und-gruen/naturschutz/artenschutz/freilandartenschutz/vogelfreundliches-bauen-mit-glas-und-licht>) sind zu beachten.

## A II.6 Straßenbau

### A II.6.1 Allgemein

Für die anzupassenden Flächen des Straßenraums, insbesondere die Blindenleitführung, sind die in Berlin geltenden technischen Regelwerke sowie die Ausführungsvorschriften zu § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege (AV Geh- und Radwege) zu beachten und einzuhalten. Der Bau hat nach vorheriger Zustimmung des Straßenbaulastträgers zu den Ausführungsplänen unter dessen Fachaufsicht zu erfolgen.

Die zum Zeitpunkt der Durchführung der geplanten Bauarbeiten geltenden technischen Vorschriften sind einzuhalten.

Vor der Aufgrabung sind alle in Frage kommenden Versorgungsbetriebe und -verwaltungen und das Straßen- und Grünflächenamt rechtzeitig zu benachrichtigen. Bei Baumaßnahmen in Einzugsbereichen von Schulen sind diese zu benachrichtigen, hier insbesondere die Knobelsdorff-Schule.

Vermessungsmarken des Lage- und Höhenfestpunktfeldes sind durch das Gesetz über das Vermessungswesen in Berlin (VermGBln) in der Fassung vom 9. Januar 1996 geschützt. Sie müssen in ihrer Lage und Höhe unverändert bleiben und dürfen nur von Vermessungsstellen verändert, wiederhergestellt oder entfernt werden. Bei unvermeidlichen Bauarbeiten am Ort solcher Vermessungsmarken ist rechtzeitig das zuständige Vermessungsamt zu verständigen, dass Vermessungsmarken gefährdet sind, damit sie durch vermessungstechnische Maßnahmen gesichert werden können.

### A II.6.2 Beleuchtung

Sind von der Baumaßnahme Anlagen der öffentlichen Beleuchtung des Landes Berlin einschließlich der Netzanschlussleitungen betroffen bzw. entstehen Auswirkungen auf die Beleuchtungsqualität, so ist die Vorgehensweise mit dem Betreiber (Stromnetz Berlin GmbH, Berlinlicht, DG-AL, Eichenstraße 3a, 12435 Berlin, Telefon 49202 8100) abzustimmen.

Es ist ein Beleuchtungskonzept beim Betreiber der öffentlichen Beleuchtung Berlins einzureichen. Arbeiten an den Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Provisorien gehen zu Lasten der Vorhabenträgerin. Die Kosten für die Beleuchtungsmaßnahme sind in die Gesamtkosten des Vorhabens mit aufzunehmen.

### A II.7 Straßenverkehrsbehördliche Belange

Die straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen gemäß § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) sind rechtzeitig vor Baubeginn bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu beantragen. Die Umsetzung hat nach vorheriger Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde zu den Ausführungsplänen unter deren Fachaufsicht zu erfolgen.

A II.8       Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes

A II.8.1      Dauerhafte Sondernutzung

- a) Vor Inanspruchnahme der für das Vorhaben dauerhaft beanspruchten Flächen sind – sofern nicht bereits geschehen – rechtzeitig die erforderlichen privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen der Vorhabenträgerin und den jeweiligen Partnern zu schließen.
- b) Die Vorhabenträgerin hat im Zusammenhang mit der genehmigten Straßenlandsondernutzung allen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen der SenMVKU, Abteilung VI bzw. der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde nachzukommen. Die Kosten für diese Anordnungen trägt die Vorhabenträgerin.

A II.8.2      Temporäre Sondernutzung

- a) Die Vorhabenträgerin hat im Zusammenhang mit der genehmigten temporären Straßenlandsondernutzung allen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen der SenMVKU, Abteilung VI bzw. der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde nachzukommen. Soweit Verkehrsschilder, Absperrungen o.ä. erforderlich werden, hat die Vorhabenträgerin derartiges Material auf eigene Kosten zu beschaffen.
- b) Vorhandene Schäden in der Fahrbahn- bzw. Gehwegbefestigung sowie in Grünflächen, soweit sie nicht im Baubereich einer Straßenbaumaßnahme liegen, sind im Einvernehmen mit der Straßenbaubehörde vor Inanspruchnahme des Straßenlandes zu protokollieren. Geschieht dies nicht, so entfällt der Einwand, dass die Schäden bereits vorhanden waren.
- c) Verschmutzungen des Straßenlandes durch das Vorhaben sind durch geeignete Vorkehrungen zu vermeiden. Treten dennoch Verschmutzungen auf, so sind sie von der Vorhabenträgerin unverzüglich nach ihrem Entstehen auf eigene Kosten zu beseitigen.
- d) Die Vorhabenträgerin hat – soweit es sich nicht um den abgesperrten Baustellenbereich einer Straßenbaumaßnahme handelt – für ordnungsgemäße Absperrung und Verkehrsbeschilderung des Baubereichs sowie bei Dunkelheit und Nebel für Beleuchtung entsprechend den Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) zu sorgen. Die Verkehrssicherungsmaßnahmen sind im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen der SenMVKU, Abteilung VI bzw. der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde zu treffen.

Baugruben sind grundsätzlich mit festem Absperrgerät zu sichern. Werden Brücken zur Abdeckung eventueller Baugruben im Fahrbahnbereich erforderlich, so sind diese nach EN 1991-2 für die Brückenklasse 60 zu bemessen.

- e) Die provisorische Schließung von Baugruben im Fahrbahnbereich ist im Heißeinbau bzw. mit Großsteinpflaster durchzuführen. Sofern eine endgültige Schließung im Bereich von Geh- und Radwegen nicht möglich ist, ist die provisorische Schließung der Baugruben ebenfalls im Heißeinbau durchzuführen. Eventuell vorhandene baubedingte Absätze an Bohlenübergängen oder Brücken sind behindertengerecht anzurampen.

Entsprechende Anrampungen sind auch im Bereich vorhandener Radwege anzulegen.

- f) Sofern Grünanlagen berührt werden oder Straßenbäume vorhanden sind, ist vor Beginn der Arbeiten das Straßen- und Grünflächenamt zu beteiligen.

Die bei einer durchgeführten Begehung im Einzelnen vom Straßen- und Grünflächenamt getroffene Entscheidung, ob und wo im Bereich von Bäumen manuell geschachtet werden muss, ist zu beachten. Vorhandene Bäume müssen durch Verkleidungen geschützt werden.

Um die spätere Standsicherheit der Straßenbäume zu gewährleisten, dürfen Wurzeln, die im Durchmesser dicker als 2 cm sind, weder entfernt noch beschädigt werden, vgl. Anordnung in Abschnitt A II.5.1.

Die Baugrube ist im Bereich von Bäumen solange offenzuhalten, bis die Abnahme hinsichtlich des Baumbestandes von einem Vertreter des Straßen- und Grünflächenamtes erfolgt ist.

- g) Die Wildplakatierung an sämtlichen Teilen der Baustelleneinrichtung ist durch die Vorhabenträgerin zu unterbinden bzw. unverzüglich entfernen zu lassen. Die Vorhabenträgerin haftet bei Nichtbeachtung dieser Auflage auch für alle Rechtsfolgen aus derartigen unerlaubten Sondernutzungen.
- h) Die Vorhabenträgerin haftet für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der erlaubten Baumaßnahme stehen, d.h. auch für Schäden durch Baustelleneinrichtung, Radschienen von Transportfahrzeugen, durch Container verursachte Druckspuren und dergleichen. Zur Ausführung der Baumaßnahme müssen deshalb geeignete Schutzmaßnahmen auch außerhalb der Baugrube getroffen werden.
- i) Anlage 2 (Allgemeine Auflagen bei Sondernutzungen öffentlicher Straßen für Zwecke der öffentlichen Versorgung (Auflagen-Katalog)) der Ausführungsvorschriften zu § 12 des Berliner Straßengesetzes – Sondernutzung öffentlicher Straßen für Zwecke der öffentlichen Versorgung – vom 24. Oktober 2013 (ABl. Nr. 55 S. 2558) ist weiterhin entsprechend anzuwenden.
- j) Für alle Schäden am Straßenkörper und an Bestandteilen der Straße sowie für alle Körper-, Sach- und Vermögensschäden Dritter, die durch den Ein- bzw. Aufbau, das Vorhandensein oder den Aus- bzw. Abbau der Maßnahme entstehen, haftet die Vorhabenträgerin ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden dem Land Berlin gegenüber und hat für alle Ansprüche Dritter gegen das Land Berlin einzutreten und das Land Berlin davon in vollem Umfang freizustellen. Gemäß § 15 BerlStrG sind durch die Sondernutzung entstandene Schäden am Straßenland unverzüglich dem zuständigen Straßen- und Grünflächenamt zu melden. Die Schäden werden vom Träger der Straßenbaulast zu Lasten der Vorhabenträgerin beseitigt.
- k) Im Falle des Widerrufs, bei sonstiger Beendigung der Maßnahme oder bei der Notwendigkeit einer Verlegung des Standortes kann ein Entschädigungsanspruch gegen das Land Berlin nicht geltend gemacht werden. Der Standort ist unverzüglich zu räumen.

#### A II.9 Wiederherstellung der bauzeitlich genutzten Flächen

Das öffentliche Straßenland, welches bauzeitlich als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt wird, ist nach Ende der Bauarbeiten im ursprünglichen Zustand wiederherzustellen, soweit diese Genehmigung nichts Anderes regelt. Die Ausführung hat in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern zu erfolgen. Die ordnungsgemäße Wiederherstellung ist zu dokumentieren.

## A II.10 Abfall

- a) Im Vorfeld der Maßnahme ist seitens der Vorhabenträgerin ein baustellenbezogenes Beprobungskonzept zur Abfalldeklaration zu erstellen. Nach Durchführung der mit der Abfallbehörde (derzeit SenMVKU I B 2, Brückenstr. 6, 10179 Berlin, Telefon 9025-2192 oder Fax 9025-2523) abgestimmten Untersuchungen sind die Ergebnisse zur verbindlichen Abfalleinstufung vorzulegen.

Anschließend ist ein entsprechendes Entsorgungskonzept einzureichen. Auf der Grundlage der Analysedaten und erfolgten Einstufungen sind die einzelnen Abfallfraktionen nach Art, Menge und geplantem Entsorgungsweg tabellarisch darzustellen.

- b) Das Beprobungskonzept sowie das ausgefüllte und unterzeichnete Formblatt „Anzeige zum Baubeginn“ sind der Abfallbehörde im Vorfeld vorzulegen.
- c) Das Entsorgungskonzept ist der Abfallbehörde mindestens vier Wochen vor Baubeginn zur Prüfung und Abstimmung vorzulegen.
- d) Durchzuführende Beprobungen und Abfalluntersuchungen sind entsprechend dem „Leitfaden zur Probenahme und Untersuchung von mineralischen Abfällen im Hoch- und Tiefbau“ durchzuführen. Danach hat zur Abfalldeklaration von Boden und Bauschutt eine repräsentative Haufwerksbeprobung für maximal 500 m<sup>3</sup> (jeweils homogenes Material) zu erfolgen. Dies ist sichergestellt, wenn aus dem betreffenden Haufwerk zwei Mischproben aus jeweils mindestens 18 Einzelproben gebildet werden. Die beiden Mischproben sind über das gesamte Haufwerk verteilt herzustellen und zu analysieren.
- e) Die Probenahme, Untersuchung und Bewertung hat durch geeignete Sachverständige oder fachlich geeignete Ingenieurbüros und Laboratorien, die über eine Akkreditierung für diese Arbeiten nach der DIN EN ISO / IEC 17025 durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle verfügen, zu erfolgen. Die Akkreditierung für die jeweilige Tätigkeit ist nachzuweisen.
- f) Für eine verbindliche Einstufung sind grundsätzlich zwei aktuelle Analyseergebnisse mit Probenahmeprotokoll, Lageskizze und Angabe zur untersuchenden Abfallmenge (incl. prozentualer Zusammensetzung) vorzulegen. Das höhere Ergebnis führt zur Einstufung des Abfalls.
- g) Besteht die Absicht, auf Grund beengter Platzverhältnisse oder homogener Schadstoffverteilung von der üblichen Haufwerksbeprobung oder maximalen Abfallmenge abzuweichen, ist das weitere Vorgehen in jedem Fall mit der Abfallbehörde abzustimmen (z.B. Einzelfallentscheidung über Materialbeprobung und/oder Rasterfeldbeprobung).
- h) Der Analytikumfang hat dem Mindestuntersuchungsprogramm für Boden ohne mineralische Fremdbestandteile bei unspezifischem Verdacht (TR LAGA M20 Teil 2/TR Boden vom 05.11.04/Tab II.1.2-1) im Feststoff zu entsprechen. Boden ist aufgrund eines Grundverdacht zusätzlich auf Chlorid und Sulfat im Eluat sowie Auffüllungen auf Cyanide (Feststoff/Eluat) zu beproben. Bauschutt ist auf Grundlage der TR LAGA M20, Tabelle II 1.4-1 zu untersuchen. Standort- bzw. nutzungsspezifische Parameter sind darüber hinaus zu berücksichtigen.

- i) Es wird darauf hingewiesen, dass mit Inkrafttreten der Mantelverordnung am 01.08.2023 die Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (ErsatzbaustoffV) anzuwenden ist. Damit werden die derzeit für die Abfalldекlaration zur Bewertung der umwelttechnischen Eigenschaften der Baustoffe herangezogenen Vollzugshinweise auf Grundlage der Zuordnungswerte der LAGA M20 in Anlehnung an die mit der Ersatzbaustoffverordnung eingeführten Materialwerte abgelöst. In diesem Rahmen erfolgt eine Aktualisierung der Vollzugshinweise zur Abfalleinstufung, welche die entsprechenden Werte vorgeben wird.
- j) Als größer Z2 eingestuftes Material (gefährlicher Abfall) ist nach § 3 Abs. 1 der Verordnung über die Andienung gefährlicher Abfälle und die Sonderabfallgesellschaft – Sonderabfallentsorgungsverordnung (SoAbfEV) der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin (SBB) mbH, Großbeerenstraße 231, 14480 Potsdam, Telefon 0331/2793-0, Fax: 031/2793-20 kostenpflichtig anzudienen. Der Entsorgungsweg ist in Abstimmung mit der SBB festzulegen. Gegebenenfalls sind in diesem Zusammenhang weitere Untersuchungen bezüglich der Annahmeparameter der vorgesehenen Entsorgungsanlagen erforderlich.
- k) Ist mit einem Anfall von Abfällen von insgesamt mehr als 500 m<sup>3</sup> oder mehr als 20 t gefährlicher Abfälle zu rechnen, so ist ein unabhängiges fachkundiges Ingenieurbüro mit der Begleitung der Entsorgung zu beauftragen und im Formblatt „Protokoll zum Abfall“ zu benennen.

#### A II.11 Bodenschutz

Im Vorfeld der Baumaßnahme sowie während und nach Abschluss der Grundwasserhaltung sind (Kontroll-)Untersuchungen des Grundwassers in Abstimmung mit dem FB Bodenschutz des Bezirksamtes Spandau von Berlin und unter dessen Fachaufsicht von einer fachlich geeigneten Untersuchungsstelle gemäß Abschnitt A III.3.5 m) der wasserbehördlichen Erlaubnis durchzuführen.

#### A II.12 Denkmalschutz

Die konkrete Gestaltung ober- und unterirdisch ist vor und während der Bauausführung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDB) abzustimmen. Die denkmalgerechte Umsetzung des Vorhabens hat unter deren Fachaufsicht zu erfolgen. Alle Veränderungen und Maßnahmen am Denkmal sind gemäß § 11 Abs. 5 der Denkmalschutzgesetzes Berlin (DSchG Bln) zu dokumentieren. Die Dokumentation ist nach Abschluss der Arbeiten an die UDB zu übermitteln.

#### A II.13 Anlagen Dritter

Die von den Leitungsträgern Deutsche Telekom Technik GmbH, Berliner Wasserbetriebe, Vattenfall Wärme Berlin AG, Stromnetz Berlin GmbH, Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, 1 & 1 Versatel Deutschland GmbH, Colt Technology Services GmbH, Tele Columbus Betriebs GmbH, IT-Dienstleistungszentrum Berlin, Vodafone GmbH, GLH Auffanggesellschaft für Telekommunikation mbH sowie Lumen Technologies Germany GmbH gegebenen Hinweise sind zu beachten. Insbesondere sind die Ausführungsunterlagen rechtzeitig vor Baubeginn den im Baubereich angezeigten Leitungsträgern vorzulegen. Sich daraus ergebende (weitere) technische Hinweise zu den Ausführungsarbeiten sind zu beachten.

### A III Wasserbehördliche Erlaubnis

Die wasserbehördliche Erlaubnis ergeht im Einvernehmen mit der Wasserbehörde (derzeit Sen-MVKU II D). Für die Wasserbehörde bestehen grundsätzlich gegen die Planung keine Bedenken. Die folgenden Inhalts- und Nebenbestimmungen werden angeordnet.

#### A III.1 Niederschlagsentwässerung

Vor Beginn der Baumaßnahme ist die Niederschlagsentwässerung mit der Wasserbehörde abzustimmen, der hierfür die entsprechende Ausführungsplanung vorzulegen ist.

#### A III.2 Grundwasser - Inhaltsbestimmungen

##### A III.2.1 Einleiten von Stoffen in das Grundwasser

Zur Herstellung der horizontalen Abdichtung gegen das Grundwasser zwischen Tunneldecke und Spundwand sowie zwischen Spundwand und Tunnelbauwerk am Standort A1 dürfen 250 m<sup>3</sup> Dichtungsinjektion in das Grundwasser eingeleitet werden.

##### A III.2.2 Entnahme von Grundwasser

- a) Das innerhalb der Trogbaugrube (Tiefbauteil) anfallende Grundwasser darf mittels einer geeigneten Förderanlage gefasst und bis auf ein Absenkziel mit der maximalen Ordinate von NHN + 26,65 m abgesenkt werden. Dabei dürfen über einen Zeitraum von 30 Wochen maximal 17.899 m<sup>3</sup> Rest- und Lenzwasser gefördert und abgeleitet werden.
- b) Im Bereich oberhalb des U-Bahn-Bestandstunnels darf mittels einer geeigneten Fördertechnik das anfallende Grundwasser bis auf eine maximale Ordinate von + 29,6 m NHN abgesenkt sowie für die Dauer von 30 Tagen mit einer maximalen Förderrate von 0,5 m<sup>3</sup>/h sowie einem maximalen Umfang von 339 m<sup>3</sup> entnommen werden.
- c) Das in dem quasi dichten Trog oberhalb des Tunnels anfallende Restwasser darf mittels einer geeigneten Förderanlage gefasst und bis auf ein Absenkziel mit der maximalen Ordinate von NHN + 29,6 m abgesenkt werden. Dabei dürfen über einen Zeitraum von 30 Wochen maximal 368 m<sup>3</sup> Rest- und Lenzwasser gefördert und abgeleitet werden. Es dürfen insgesamt 18.700 m<sup>3</sup> Grundwasser gefördert und abgeleitet werden. Die Ableitungsart des Förderwassers ist in den Auflagen des Bescheides geregelt.
- d) Die Anlagen
  - Anlage A: Tätigkeit des Betriebsbeauftragten
  - Anlage B: Überwachungsbericht des Betriebsbeauftragten
  - Anlage C: Abschlussbericht des Betriebsbeauftragten

die der Vorhabenträgerin im Anhörungsverfahren übergeben wurden, sind Bestandteile der wasserbehördlichen Erlaubnis und sind zu beachten.



A III.3 Grundwasser – Nebenbestimmungen

A III.3.1 Befristung

Die wasserbehördliche Erlaubnis erlischt mit Ablauf des 31. Dezember 2028.

A III.3.2 Bedingungen

Bis zur Erfüllung der folgenden Bedingungen ist die erteilte Erlaubnis nicht rechtswirksam, es dürfen also noch keine Grundwasserbenutzungen vorgenommen werden.

- a) Die Bestellung eines Betriebsbeauftragten sowie seines Vertreters entsprechend Anlage A der wasserbehördlichen Erlaubnis, ist der Wasserbehörde spätestens zwei Wochen vor dem Beginn der erlaubten Grundwasserbenutzungen mit vollem Namen, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefax- und Telefonnummer nachzuweisen.

Der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ist schriftlich der Umfang der Leistungen mitzuteilen, die der Beauftragung zu Grunde liegen. Die Beauftragung des Betriebsbeauftragten muss unmittelbar durch die Vorhabenträgerin erfolgen.

- b) Mindestens fünf Werktage vor der Abnahme der Wasserhaltungsanlage ist der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) die erfolgte Herstellung von Grundwasserstandsmessstellen in Papierform nachzuweisen.
- c) Der Ausbau der Grundwassermessstellen erfolgt bei mineralischen Schichten mit einer 3,0 m langen Filterstrecke, wobei selbige auf Höhe des Ruhewasserspiegels beginnt. Bei stauenden organischen Schichten (z.B. Torfe, Mudden) erfolgt der Ausbau der Filterstrecke unterhalb dieser Schichten mit 3,0 m Länge. In den Ringraum der Messstellen darf nur inertes Material eingebaut werden.
- d) Alle hergestellten Grundwassermessstellen sind nach Lage und Höhe einzumessen. Dabei muss sich die Lageeinemessung auf derzeit bestehende unveränderliche Bauwerke (z.B. Fahrbahnrand, Gebäudekanten) beziehen. Die Angabe der eingemessenen Höhenkoten muss in m NHN erfolgen. Des Weiteren sind die Funktionsfähigkeit sowie die Ergebnisse einer Nullmessung der jeweiligen Messstellen nachzuweisen.
- e) Der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ist spätestens drei Arbeitstage vor Beginn der erlaubten Grundwasserabsenkung ein Bestandsplan einzureichen, in dem die Lage aller vorhandenen Anlagen zur Grundwasserentnahme inklusive Grundwassermessstellen, die Rohrleitungsführung sowie alle Ab- bzw. Einleitstellen in einen öffentlichen Kanal einzutragen sind. Bei wesentlichen Änderungen ist der Wasserbehörde der aktualisierte Plan nachzuliefern.
- f) Die Grundwasserfördermenge ist zu erfassen. Es dürfen dafür nur geeichte Wassermengenmessseinrichtungen verwendet werden. Diese müssen den Bedingungen des Mess- und Eichgesetz (MessEG) sowie der Mess- und Eichverordnung (MessEV) entsprechen. Konformitätserklärungen der Wassermengenmessseinrichtungen sind der Wasserbehörde vorzulegen.

Die verwendeten Wassermengenmessseinrichtungen müssen der Wasserbehörde mit ihren jeweiligen Kenndaten (Gerätetyp, Fabrikationsnummer und Zählerstand) sowie ihrer Anordnung im Ableitsystem gemeldet werden.

Zur korrekten Erfassung der Grundwasserfördermengen ist die Wassermengenmesseinrichtung nach dem Absetzbecken zu installieren. Die Wassermengenmesseinrichtung muss entsprechend den Zulassungsbedingungen eingebaut werden und zugänglich sein. Es sind gesonderte Messeinrichtungen für die getrennten Ableitungen in die Regenwasserkanalisation und die Misch-/Schmutzwasserkanalisation vorzusehen.

- g) Spätestens zwei Wochen vor Beginn der Baugrubenherstellungsarbeiten ist der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ein vom Betriebsbeauftragten bewertetes Qualitätssicherungs- und Havariekonzept des ausführenden Unternehmens vorzulegen. Darin müssen u.a. die endgültige Ausführungsplanung, ein Bauzeitenplan und eine Verfahrensbeschreibung enthalten sein sowie die Maßnahmen zur Beherrschung unplanmäßiger Vorkommnisse (z.B. Ausfall der Wasserhaltungsanlage). Des Weiteren müssen die Maßnahmen zur Überwachung der Baugrubenherstellung insbesondere der Herstellung der Injektionssohle beschrieben und bewertet werden.
- h) Das Havariekonzept muss weiterhin ein Überwachungsprogramm zur kurzfristigen Erkennung von Schäden o.ä., eine Alarmierungsliste der Verantwortlichen (inkl. ggf. erforderlicher Rettungskräfte) mit aktuellen Telefonnummern sowie mögliche Gegenmaßnahmen enthalten. Die für die Gegenmaßnahmen erforderlichen Gerätschaften und Einrichtungen müssen in der Zeit eines möglichen Einsatzes funktionsbereit auf der Baustelle vorgehalten werden.
- i) Spätestens drei Tage vor Beginn der erlaubten Grundwasserbenutzungen ist der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ein Ansprechpartner der Vorhabenträgerin sowie des bauausführenden Unternehmens schriftlich zu benennen.

Darüber hinaus ist mit der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ein Termin zur Abnahme der Wasserhaltungsanlage zu vereinbaren.

- j) Spätestens eine Woche vor Beginn der erlaubten Grundwasserentnahme ist der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) die Genehmigung der Berliner Wasserbetriebe hinsichtlich der Ableitung des geförderten Grundwassers in den vorgesehenen Kanal für Regenwasser, Mischwasser bzw. Schmutzwasser vorzulegen.

#### A III.3.3 Allgemeine Auflagen

- a) Jede Änderung mit Bezug auf den Gegenstand der Erlaubnis sowie die Nebenbestimmungen sowie der Verzicht auf die Inanspruchnahme der wasserbehördlichen Erlaubnis muss der Wasserbehörde unverzüglich schriftlich angezeigt werden. Änderungen bedürfen einer entsprechenden Anpassung der Erlaubnis oder eines neuen Erlaubnisverfahrens.
- b) Die Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) ist zuvor zu unterrichten, wenn die erlaubten Grundwasserbenutzungen begonnen, unterbrochen oder eingestellt werden.
- c) Die Überwachung der Grundwasserbenutzungen muss durch den festgelegten Betriebsbeauftragten erfolgen. Es sind wöchentlich Überwachungsberichte und ein Abschlussbericht zu erstellen und der Wasserbehörde zu übergeben. Der Leistungsumfang sowie das Berichtswesen des Betriebsbeauftragten ist in den Anlagen A bis C der Erlaubnis festgelegt.

- d) Schäden, die durch die Grundwasserbenutzungen verursacht werden können, ist durch geeignete planerische und baustellenseitige Maßnahmen vorzubeugen. Dazu zählen insbesondere Schäden an unmittelbar angrenzenden Anlagen sowie Wasser- und Bodeneinbrüche in die Baugrube. Sich abzeichnende konkrete Schäden sind sowohl der Wasserbehörde, als auch bei Bedarf der zuständigen bezirklichen Umweltschutzbehörde unverzüglich durch den Erlaubnisinhaber schriftlich anzuzeigen und in behördlicher Abstimmung mit dem Eigentümer zu beseitigen.
- e) Der Wasserbehörde sind bei Kontrollen alle ermittelten Daten, soweit sie in dieser Erlaubnis gefordert werden, zugänglich zu machen.
- f) Ein Wechsel von Wassermengenmesseinrichtungen ist der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) unverzüglich mit Angabe der neuen Kenndaten anzuzeigen.
- g) Falls aus Sicherheitsgründen die Wassermengenmesseinrichtungen oder Grundwasserstandsmessstellen verschlossen sein müssen, sind der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) die entsprechenden Schlüssel zur Kontrolle der Anlagen auszuhändigen oder ihr sind die Anlagen bei Kontrollen zugänglich zu machen. Die Eichung (Plombe, Prüfplakette) muss vor Ort erkennbar sein.
- h) Auf der Baustelle ist sicherzustellen, dass ein Unfall oder ein unsachgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vermieden wird. Die Wartung und Reinigung von Baumaschinen ist auf versiegelten Flächen außerhalb der Baugruben vorzunehmen. Das Nachfüllen von Treibstoffen muss ebenfalls auf versiegelten Flächen bzw. über Auffangwannen erfolgen.
- i) Wird bei den Ausschachtungsarbeiten kontaminierter Boden vorgefunden, ist unverzüglich das Umwelt- und Naturschutzamt des Bezirks Spandau von Berlin zu informieren.
- j) Von allen Bohrungen (auch Baugrundaufschlussbohrungen) sind der Landesgeologiebehörde (derzeit SenMVKU II B 3) Schichtenverzeichnisse zuzusenden.
- k) Beim Betrieb von Wasserhaltungen in der Nachbarschaft bewohnter Gebäude sind die Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm einzuhalten.

Sollte dies trotz der Installation schallmindernder Maßnahmen (z.B. Kapselung der Pumpenanlage) nicht möglich sein, ist bei der Immissionsschutzbehörde (derzeit SenMVKU I C 1) vier Wochen vor der Inbetriebnahme ein Antrag auf Ausnahmezulassung nach § 8 LImSchG Bln zu stellen. Auskünfte sind auch unter der Telefon 9025-2262 erhältlich.

#### A III.3.4 Auflagen für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser

- a) Im Bereich des Grundwassers sind chromatarne Zemente oder andere Zemente mit Chromatreduzierern zu verwenden. Es darf nur Wasser mit Trinkwasserqualität verwendet werden.
- b) Die einzusetzenden Stoffe sind der Wasserbehörde vor Beginn der jeweiligen Grundwasserbenutzungen zu benennen. Für geregelte Bauprodukte ist die Leistungserklärung des Herstellers beizubringen. Es darf nur Wasser mit Trinkwasserqualität verwendet werden.

Sollen Stoffe verwendet werden, die nicht geregelt/genormt sind, ist der entsprechende Nachweis der Grundwasserverträglichkeit durch den Erlaubnisinhaber zu führen (z.B. entsprechende

allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen aus dem Bereich „Zulassungen für den Umweltschutz“, Nachweis entsprechend DIBt-Merkblatt „Auswirkungen von Bauprodukten auf Boden und Grundwasser“ akt. Fassung, LAWA u.a.).

- c) Bei der Herstellung der erlaubten Bauelemente müssen die zu beauftragenden Unternehmen zumindest die Vorgaben der diesbezüglich existierenden Normen und Regelwerke in den jeweils aktuellen Versionen erfüllen.

#### A III.3.5 Auflagen für die Grundwasserentnahme

- a) Der Grundwasserstand außerhalb und innerhalb der Baugrube ist über die Grundwassermessstellen zu überwachen. Dabei sind zur Überwachung der Trogbaugrube eine Messstelle innerhalb der Baugrube und zwei Messstellen außerhalb der Baugrube zu errichten. Die Lage der Messstellen ist mit der Wasserbehörde vor der Errichtung abzustimmen.
- b) Als Zielgröße für die Dichtigkeit der Trogbaugrube sind  $1,5 \text{ l/s} \times 1.000 \text{ m}^2$  benetzter Fläche anzusetzen.
- c) Vor Beginn des Lenzens des Troges ist ein Pumpversuch bis zum Absenckziel durchzuführen, bei dem eine Dichtheit von  $1,5 \text{ l/s} \times 1.000 \text{ m}^2$  nachzuweisen ist.
- d) Das Konzept des Pumpversuches ist vom Betriebsbeauftragten zu bewerten und mindestens eine Woche vor der geplanten Durchführung bei der Wasserbehörde einzureichen und bestätigen zu lassen.
- e) Das Ergebnis des Pumpversuches des Troges ist vom Betriebsbeauftragten zu bewerten und der Wasserbehörde unverzüglich zu übermitteln (Dichtheitsnachweis). Erst nach Zustimmung der Wasserbehörde darf mit dem Bodenaushub begonnen werden.
- f) Die Wasserbehörde ist unverzüglich zu informieren, wenn eine Erhöhung der Grundwasserfördermenge über das vorher berechnete Maß hinaus eintritt.
- g) Die Grundwasserstände aller Messstellen sind während der Grundwasserförderungen täglich zu ermitteln, in einem Wasserbuch aufzuzeichnen, vom Betriebsbeauftragten zu bewerten und wöchentlich an die Wasserbehörde in Papierform zu übersenden. Für den wöchentlichen Bericht ist das Muster zu verwenden, das die Wasserbehörde mit ihrer Stellungnahme als Anlage B überreicht hat.
- h) In das Wasserbuch sind neben den Daten der Grundwassermessstellen auch täglich die Daten der Messungen der Grundwasserfördermengen einzulesen. Dabei sind die Daten in jedem Ableitstrang gesondert zu erfassen. Es sind weiterhin Eintragungen über Pegelkürzungen oder -verlängerungen, Brunnenregulierungen, Pumpenausfälle, Ausfälle und Wechsel der Wasseruhr etc. aufzunehmen. Bei Auffälligkeiten ist das Intervall der Datenübergabe entsprechend anzupassen.
- i) Die Ergebnisse aus den Messungen der Grundwasserstände und der Entnahmevolumenströme müssen als zeitlicher Verlauf der Messwerte an den einzelnen Messpunkten graphisch dargestellt werden. Bei der Darstellung der Grundwasserstände ist zusätzlich ein Beginn-Ist-Vergleich aufzuzeichnen.

- j) Durch die Überwachung des Grundwasserstandes in den einzelnen Bauabschnitten ist die Grundwasserentnahme so zu steuern, dass das angestrebte Absenkziel nicht unterschritten wird und nur das dafür notwendige Grundwasservolumen gefördert wird.
- k) Wesentliche Änderungen der Anlagen zur Grundwasserentnahme bzw. der Rohrleitungsführung oder der Einleitstellen in einen öffentlichen Kanal sind der Wasserbehörde schriftlich mitzuteilen.
- l) Die Funktionsfähigkeit der Wasserhaltungsanlage ist über die gesamte Betriebsdauer sicherzustellen.
- m) Die drei geplanten Kontrollpegel IP 1, AP 1 und AP 2 sind vor Beginn und nach Abschluss der Baumaßnahme zu beproben und auf folgende Parameter zu untersuchen: Arsen und Schwermetalle, Cyanide, Ammonium, Nitrat, LHKW incl. VC, BTEX, Phenole, PAK inkl. Naphthalin, PCB und KW. Während der Grundwasserhaltung sind die drei genannten Pegel neben der Kontrolle des Förderwassers zunächst wöchentlich zu beproben und auf die genannten Parameter zu untersuchen. Ggf. kann der Umfang der Kontrolluntersuchungen im Verlauf der Baumaßnahme hinsichtlich Anzahl der zu beprobenden Pegel, Beprobungsintervall und Parameterkatalog in Abstimmung mit dem BA Spandau (UmNat B1, Telefon 90279-3259, E-Mail [umwelt.boden@ba-spandau.berlin.de](mailto:umwelt.boden@ba-spandau.berlin.de)) reduziert werden.

#### A III.3.6 Auflagen für die Grundwasserableitung

- a) Zu Beginn der Grundwasserhaltung muss das geförderte Grundwasser in die öffentliche Schmutzwasser- bzw. Mischwasserkanalisation eingeleitet werden. Erst nach Vorlage einer Analyse (siehe Punkt b)) und Zustimmung durch die Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) darf das Wasser in die Regenwasserkanalisation eingeleitet werden.
- b) Einen Tag nach der Inbetriebnahme der Wasserhaltung ist das Förderwasser durch ein akkreditiertes Fachlabor beproben und auf die folgenden Parameter untersuchen zu lassen:

pH-Wert, Leitfähigkeit, Färbung, Temperatur, Ammonium, Arsen, Blei, Cadmium, Chrom gesamt, Kupfer, Nickel, Quecksilber, Zink, Eisen, Sulfat, Nitrat, Chlorid, LCKW (Leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe oder Leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe) mit VC (Vinylchlorid), PAK (Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe – nach EPA), MKW (Mineralölkohlenwasserstoffe), BTEX (Aromatische Kohlenwasserstoffe), Cyanide gesamt, leicht freisetzbares Cyanid, DOC (Dissolved Organic Carbon (Gelöster organischer Kohlenstoff)), AOX, absetzbare Stoffe und abfiltrierbare Stoffe.

Dabei müssen die jeweiligen Bestimmungsgrenzen unterhalb der Werte (GFS) der Berliner Liste 2005 liegen. Klarpumpwasser bzw. Vorlaufwasser aus Beprobungen ist aufzufangen oder ordnungsgemäß nach Genehmigung durch die BWB in einen Schmutzwasserkanal abzuleiten. Dies erfolgt jeweils unter Vorlage eines ordnungsgemäßen Nachweises, der dem Betriebsbeauftragten vorzulegen ist. Die Untersuchungsergebnisse sind der Wasserbehörde (SenMVKU – II D 36) spätestens vier Werktage nach der Beprobung vorzulegen.

- c) Weitere Förderwasserbeprobungen, zu analysierende Schadstoffparameter sowie die Einleitung weiterer Schritte (z.B. Setzen von Beobachtungspegeln, Einleiten von Abwehrmaßnahmen) werden von der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) nach Vorlage der ersten Analyseergebnisse festgelegt.
- d) Weist das Grundwasser durch die Injektionen einen pH-Wert über 8,5 auf, muss vor der Ableitung eine Neutralisation mit Kohlensäure erfolgen. Die Kohlensäuredosierung ist durch Messung des pH-Wertes im Zulauf so zu steuern, dass im Ablauf ein pH-Wert zwischen 6,5 und 8,5 erreicht wird. Der pH-Wert im Ablauf ist durch eine zweite Messung kontinuierlich zu ermitteln und aufzuzeichnen.
- e) Fehlfunktionen der Anlage bzw. Überschreitungen des Ableitgrenzwertes müssen zur unmittelbaren Behebung des Schadens führen. Der Verbrauch an CO<sub>2</sub> ist im Wasserbuch zu dokumentieren. Die Lieferscheine für die Beschickung der Neutralisation mit CO<sub>2</sub> sind der Wasserbehörde auf Verlangen vorzulegen.
- f) Bei einer Ableitung des Förderwassers in den Regenwasserkanal sind folgende Werte bzw. Konzentrationen nicht zu überschreiten:

Parameter	Einleitung in die Regenwasserkanalisation
pH-Wert	6,5 - 8,5
Leitfähigkeit	1.800 µS/cm
Ammonium	5,0 mg/l
Blei	20 µg/l
Cyanide gesamt	50 µg/l
leicht freisetzbares Cyanid	10 µg/l
Cadmium	5 µg/l
Chrom gesamt	50 µg/l
Kupfer	20 µg/l
Nickel	50 µg/l
Quecksilber	1 µg/l
Zink	500 µg/l
Arsen	20 µg/l
Eisen	2,0 mg/l
Σ LCKW (Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe)	10 µl
Vinylchlorid	5 µg/l
DOC (Dissolved Organic Carbon (Gelöster organischer Kohlenstoff))	10,0 mg/l
Absetzbare Stoffe	0,3 ml/l
Abfiltrierbare Stoffe	30 mg/l
BTEX (Aromatische Kohlenwasserstoffe)	10 µg/l
Sulfat	400 mg/l
Chlorid	250 mg/l

Parameter	Einleitung in die Regenwasserkanalisation
Nitrat	50 mg/l
MKW (Mineralölkohlenwasserstoffe)	1,0 mg/l
PAK (Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe – nach EPA)	20 µg/l
AOX	25 µg/l

- g) Das geförderte Grundwasser ist vor der Einleitung in die Regenwasserkanalisation zu belüften. Der anfallende Eisenschlamm ist zurückzuhalten.
- h) Zur Ableitung des Grundwassers bei Kontaminationen sind während der gesamten Dauer der Grundwasserförderung ausreichend viele Ableitstellen in die öffentliche M- bzw. S-Kanalisation betriebsbereit vorzuhalten, es sei denn, diese lassen sich bei Bedarf innerhalb eines Tages errichten.
- i) Nach Beendigung der Ab- bzw. Einleitung sind eventuelle Schäden an Einleitbauwerken bzw. -schächten sowie in der Kanalisation nach Abstimmung mit dem Eigentümer umgehend zu beseitigen.
- j) Alle Anlagen zur Grundwasserförderung einschließlich der Rohrleitungen sind unverzüglich nach Beendigung der Grundwasserentnahme, jedoch spätestens zum Ablauf der Erlaubnis zu beseitigen und der frühere Zustand ist wiederherzustellen.
- k) Spätestens vier Wochen nach Beendigung der Grundwasserbenutzungen sind der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) der Zeitraum der Förderung sowie das geförderte Gesamtvolumen mitzuteilen (Abschlussbericht des Betriebsbeauftragten gemäß Anlage C der wasserbehördlichen Erlaubnis).

#### A IV Entscheidungen über Einwendungen

Die im Verfahren erhobenen Einwendungen, Forderungen, Hinweise und Bedenken werden zurückgewiesen, soweit sie nicht durch Nebenbestimmungen, Auflagen oder Zusagen berücksichtigt worden sind oder sie sich im Laufe des Verfahrens auf andere Weise erledigt haben.

Mit den Trägern öffentlicher Belange (TöB) ist das Benehmen hergestellt worden. Die den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange schriftlich zugesandten Erwiderungen der Vorhabenträgerin zu den im Anhörungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen behalten ihre Gültigkeit, soweit im nachfolgenden Verfahrensverlauf nichts Anderes vereinbart wurde bzw. sich die Rahmenbedingungen verändert haben.

Die sich speziell auf die Ausführungsplanung und die Bauausführung beziehenden Hinweise in den Stellungnahmen sind, soweit sie nicht durch Nebenbestimmungen, Auflagen oder Zusagen berücksichtigt wurden, nicht plangenehmigungsrelevant und selbstständig von der Vorhabenträgerin in der weiteren Planung bzw. bei der Vorbereitung der Baudurchführung zu beachten und fortschreitend mit den betreffenden Behörden und TöB in weiteren Abstimmungen zu präzisieren.

## **A V Kosten**

Die Kosten des Verfahrens trägt die Vorhabenträgerin. Die Höhe der Kosten wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

## **B**

### **Begründung**

## **B I Beschreibung des Vorhabens**

Der U-Bahnhof Paulsternstraße befindet sich im Bezirk Spandau von Berlin und entstand als Teil der Erweiterungstrecke vom Fehrbelliner Platz nach Rathaus Spandau. Er wurde von Rainer Gerhard Rümmler entworfen, wurde 1984 in Betrieb genommen und steht seit 2017 unter Denkmalschutz (Objektnummer 09096870,T,003). Der Bahnhof ist weitgehend in seinem originalen Erscheinungsbild erhalten.

Der U-Bahnhof liegt in anderthalbfacher Tiefenlage, ca. acht Meter unter der Nonnendammallee südlich im Kreuzungsbereich Paulstern- und Otternbuchtstraße. Der Grund für die südliche Randlage unter der Nonnendammallee war die Berücksichtigung eines Straßentunnels, dessen Realisierung nicht weiterverfolgt wurde. Die Erschließung erfolgt daher ausschließlich von der Südseite der Nonnendammallee über zwei Ausgänge (östlich und westlich der Kreuzung Nonnendammallee/Otternbuchtstraße), die zu einer zentralen Zwischenebene führen, ohne unterführende Verbindung auf die Nordseite. Von hier führen zwei kombinierte Fest- und Fahrtreppenanlagen auf den Mittelbahnsteig.

Im Einzugsareal des Bahnhofs befinden sich gemischte und gewerbliche Baugebiete. Besondere Nutzungen sind nördlich die Knobelsdorff-Schule und größere Verbrauchermärkte. Zur Gartenfelder Straße hin ist ein Wohnquartier in Entwicklung.

Die Nonnendammallee ist eine übergeordnete Hauptverkehrsstraße in Ost-West-Richtung, deren Fahrsteifen durch einen Mittelstreifen baulich getrennt sind. Die Paulsternstraße und die Otternbuchtstraße sind Hauptverkehrsstraßen. Östlich der Kreuzung besteht die Umsteigemöglichkeit zur Tagesbuslinie 139 sowie die zu den Nachtlinien N7 und N39.

Da der U-Bahnhof gegenwärtig nur über eine Zugangsanlage verfügt (s.o.), soll aus Gründen des Brandschutzes eine weitere Zugangsanlage errichtet werden. Überdies ist der U-Bahnhof nicht barrierefrei zugänglich, so dass zudem der Bau eines Aufzugs beabsichtigt ist.

## **B II Verwaltungsverfahren**

Mit Schreiben vom 10. Februar 2022, eingegangen am 17. Februar 2022, hat die Vorhabenträgerin – die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR – erstmalig die Genehmigung des Einbaus einer Aufzugsanlage sowie eines weiteren Ausgangs im U-Bahnhof Paulsternstraße nach § 28 PBefG bei der Planfeststellungsbehörde beantragt.



Im Anschluss daran hat die Vorhabenträgerin die folgenden entscheidungserheblichen Unterlagen für das beantragte Vorhaben übersandt:

Nr.	Unterlagen- bzw. Planbezeichnung	Maßstab	Stand
	Erläuterungsbericht		28.03.2022
	Entwurfsplanung Baugrubensicherung		27.09.2019
P_BG 001	Plan Baugrubensicherung Grundriss, Schnitte	1:100	27.09.2019
	Geotechnischer Bericht		22.08.2019
	Gutachten zum Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis		14.10.2019
	Brandschutzkonzept 93awk17-G1		28.03.2018
	Brandschutzkonzept 93awk17-G2, 1. Fortschreibung		22.05.2019
P_PG 1	Plan Lagevarianten Aufzug und neue Außentreppe Grundrisse, Schnitte	1:500	07.02.2022
P_PG 2.1	Plan Entwurf Straßenebene Grundrisse und Schnitte	1:100	07.02.2022
P_PG 2.2	Plan Entwurf Zwischenebene Grundrisse und Schnitte	1:100	07.02.2022
P_PG 2.3	Plan Entwurf Bahnsteigebene Grundrisse und Schnitte	1:100	07.02.2022
P_PG 3	Plan Straßenebene Baustelleneinrichtung und Leitungsübersicht	1:200	07.02.2022
P_PG 4	Plan Straßenebene Instandhaltung und Sacheigentum	1:200	07.02.2022

Die Feststellung der Planfeststellungsbehörde über das Nichtbestehen einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 5 i.V.m. §§ 7 und 9 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wurde mit verfahrensleitender Verfügung vom 21. April 2022 über das UVP-Portal der Länder am 20. Mai 2022 der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Unter Beifügung vorbezeichneter Unterlagen hat die Planfeststellungsbehörde mit Schreiben vom 19. Mai 2022 folgende Stellen um Zustimmung bzw. Stellungnahme bis spätestens zum 21. Juni 2022 gebeten:

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Antwort vom
1.	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, koordinierend für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, für die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sowie für das Landesdenkmalamt (LDA)	21.06.2022
2.	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	ohne Antwort
3.	Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung - LfB -	ohne Antwort
4.	Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)	01.06.2022
5.	Landesamt für Arbeits-, Gesundheitsschutz und Technische Sicherheit (LAGeTSi)	ohne Antwort
6.	Senatsverwaltung für Finanzen	20.06.2022
7.	Bezirksamt Spandau von Berlin	20.06.2022
8.	Deutsche Bahn AG	ohne Antwort
9.	Berliner Feuerwehr	30.05.2022
10.	Industrie- und Handelskammer zu Berlin	ohne Antwort
11.	Bundesanstalt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	02.06.2022
12.	Deutsche Telekom Technik GmbH	ohne Antwort
13.	Berliner Wasserbetriebe	ohne Antwort
14.	Vattenfall Wärme Berlin AG	24.05.2022
15.	Stromnetz Berlin GmbH	13.06.2022
16.	50Hertz Transmission GmbH	24.05.2022
17.	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	13.06.2022
18.	Alliander Stadtlicht GmbH	ohne Antwort
19.	EKT Energie und Kommunal-Technologie GmbH	ohne Antwort
20.	1 & 1 Versatel Deutschland GmbH	31.05.2022
21.	degewo Technische Dienste GmbH	23.05.2022
22.	BTB Blockheizkraftwerks-Träger und Betreibergesellschaft mbH Berlin	ohne Antwort
23.	COLT Technology Services GmbH	ohne Antwort
24.	euNetworks	ohne Antwort
25.	Tele Columbus AG	ohne Antwort
26.	Polizei Berlin	19.05.2022

27.	ITDZ Berlin	14.06.2022
28.	Vodafone Deutschland GmbH	20.05.2022
29.	GLH Auffanggesellschaft für Telekommunikation mbH	ohne Antwort
30.	GDMcom mbH	24.05.2022
31.	Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (BLN)	13.06.2022
32.	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Berlin e.V.	ohne Antwort
33.	Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde	ohne Antwort
34.	Landesjagdverband Berlin e.V.	ohne Antwort
35.	CenturyLink Telekommunikation/Lumen Technologies Germany GmbH	ohne Antwort

Die Stellungnahmen und fristgemäß eingegangenen Einwendungen wurden mit Schreiben vom 4. Juli 2022 der Vorhabenträgerin zur Erwiderung übergeben.

Im Nachgang gingen bei der Planfeststellungsbehörde folgende weiteren Stellungnahmen ein:

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Antwort vom
12.	Deutsche Telekom Technik GmbH	29.07.2022
23.	COLT Technology Services GmbH	27.07.2022 und 23.09.2022
25.	Tele Columbus AG	18.07.2022
35.	Lumen Technologies Germany GmbH	27.07.2022

Diese nach dem Ablauf der ersten Stellungnahmefrist eingereichten Stellungnahmen wurden der Vorhabenträgerin zur Erwiderung am 13. Februar 2023 übersandt.

Die Vorhabenträgerin erwiderte auf die eingegangenen Stellungnahmen mit Schreiben vom 7. Dezember 2022, das sie mit weiteren Erwiderungen vom 14. Februar 2023 sowie vom 1. März 2023 ergänzte. Das Bezirksamt Spandau ergänzte seine Stellungnahme mit weiteren Schreiben vom 9. März 2023 und vom 9. Mai 2023, die der Vorhabenträgerin übersandt wurden.

Die Vorhabenträgerin hat im Laufe des Verfahrens Änderungen, Ergänzungen und Korrekturen an den Unterlagen in den Farben blau und violett vorgenommen eingereicht, zuletzt mit ergänzendem Schreiben vom 25. Oktober 2023 (eingegangen am 24. November 2023).

Die Eigentümerin und die Verwalterin des Grundstücks Nonnendammallee 44 (Flurstück 70 in der Flur 2 der Gemarkung Haselhorst im Bezirk Spandau) wurden von der Planfeststellungsbehörde mit Schreiben vom 18. Juli 2023 unter Beigefügung der relevanten Planunterlagen über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt und um Stellungnahme gebeten. Die Verwalterin äußerte sich

nicht. Die Eigentümerin teilte mit Schreiben vom 17. Oktober 2023 sowie vom 16. Januar 2024 mit, dass sie das Vorhaben zur Kenntnis nehme, aber keine ausdrückliche Zustimmung oder Einverständnis dazu erteile. Sie teilte ferner mit, auf ihrem Grundstück den Bau eines Hochhauses zu planen und übersandte eine 46-seitige Planungsmappe. Ihre eigenen Planungen wolle sie mit der Vorhabenträgerin abstimmen und dazu mit ihr eine Nachbarschaftsvereinbarung schließen.

### **B III      Rechtliche Würdigung**

#### **B III.1      Verfahrensrecht**

##### **B III.1.1      Rechtsgrundlage**

Gemäß § 28 Abs. 1 PBefG dürfen Betriebsanlagen für Straßenbahnen nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt worden ist. Bei der Planfeststellung sind die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen.

Gemäß § 4 Abs. 2 PBefG gelten als Straßenbahnen auch Untergrundbahnen, die ausschließlich oder überwiegend der Beförderung von Personen im Orts- und Nachbarschaftsbereich dienen und nicht Bergbahnen oder Seilbahnen sind. Mithin fällt die Berliner U-Bahn, die ausschließlich der Beförderung von Personen im Orts- und Nachbarschaftsbereich dient und keine Bergbahn oder Seilbahn ist, unter den rechtlichen Status einer Straßenbahn nach dem PBefG, so dass der Bau eines Aufzugs sowie eines weiteren Zugangs im U-Bahnhof Paulsternstraße rechtlich als Änderung einer Betriebsanlage einer Straßenbahn anzusehen und nach den Vorschriften des PBefG zu beurteilen ist.

Gemäß § 28 Abs. 1 PBefG i.V.m. § 74 Abs. 6 VwVfG kann anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilt werden, wenn

1. Rechte anderer nicht oder nicht wesentlich beeinträchtigt werden oder die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums oder eines anderen Rechts schriftlich einverstanden erklärt haben,
2. mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, das Benehmen hergestellt worden ist und
3. nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt. Der Kreis derjenigen, deren Rechte von der Umsetzung des Vorhabens betroffen sein können, ist bekannt. Allenfalls die Rechte des privaten Eigentümers des Grundstücks Nonnendammallee 44 (Flurstück 70 in der Flur 2 der Gemarkung Haselhorst im Bezirk Spandau) könnten vom Vorhaben beeinträchtigt sein, da die Bauarbeiten unmittelbar vor diesem Grundstück stattfinden sollen. Nach dem Willen des Gesetzgebers liegt eine nur unwesentliche Beeinträchtigung i.S.v. § 74 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 VwVfG selbst dann vor, wenn ein Grundstück in sehr geringem Maße oder nur vorübergehend in Anspruch genommen werden soll, etwa als vorübergehende Baufläche (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9666, S. 20). Vorliegend soll das o.g. Grundstück durch eine zwischenzeitliche Umplanung nicht einmal

mehr (lediglich) bauzeitlich in Anspruch genommen werden, da die Baugrube nunmehr vor der existierenden Bohrpfahlwand sowie außerhalb der Grundstücks endet. Nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde liegt in Bezug auf o.g. Grundstück daher keine wesentliche Rechtsbeeinträchtigung vor.

In Bezug auf die Zufahrt zu o.g. Grundstück wird auf die Nebenbestimmung A II.2 verwiesen.

Die Beeinträchtigung weiterer Rechte anderer ist nicht ersichtlich.

Mit den TöB, deren Aufgabenbereiche berührt sind, wurde das Benehmen hergestellt. Daher ist davon auszugehen, dass weiteres Abwägungsmaterial, das durch die Anwendung des § 73 Abs. 2 bis 6 VwVfG bei der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens hätte festgestellt werden können, nicht zu erwarten gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund hat die Planfeststellungsbehörde nach Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens ein Plangenehmigungsverfahren als zielführend und zweckmäßig erachtet.

Die Plangenehmigung hat die Rechtswirkungen der Planfeststellung; auf ihre Erteilung finden die Vorschriften über das Planfeststellungsverfahren keine Anwendung, davon ausgenommen sind § 74 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 VwVfG, die entsprechend anzuwenden sind. § 75 Abs. 4 VwVfG und die entsprechenden fachgesetzlichen Bestimmungen gelten entsprechend.

#### B III.1.2 Zuständigkeit

Das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – IV E 1 – ist gemäß §§ 29 Abs. 1, 11 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 PBefG i.V.m. mit Nr. 11 lit. d) der Anlage Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben (ZustKat Ord) zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) die zuständige Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde.

Das Verfahren wurde von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde unter Beachtung der relevanten Verfahrensvorschriften gemäß § 29 PBefG durchgeführt.

#### B III.2 Umweltverträglichkeit

Aufgrund der §§ 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 9 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 UVPG in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 14.11 UVPG wurde für die geplante Maßnahme eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls hinsichtlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen. Die Entscheidung wurde anhand der Beschreibung des Projekts mit seinen Umweltauswirkungen getroffen.

Die Prüfung nach § 8 UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben kein benachbartes Schutzobjekt im Sinne des § 3 Abs. 5d des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) eines Betriebsbereiches im Sinne von § 3 Abs. 5a des BImSchG darstellt oder durch seine Umsetzung begründet. Folglich ergibt sich keine Pflicht zur Durchführung einer UVP gemäß § 8 UVPG.

Aus den vorgelegten Unterlagen ergab sich nach weiterer Prüfung, dass durch das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht demnach nicht.

B III.3 Materielles Recht

B III.3.1 Planrechtfertigung

B III.3.1.1 Allgemeine Rechtfertigung

Die Planrechtfertigung ist ein unbedingtes Erfordernis jeder Fachplanung. Der Plan ist gerechtfertigt, wenn für das beabsichtigte Vorhaben – gemessen an den Zielsetzungen des jeweiligen Fachplanungsgesetzes – ein Bedarf besteht, mithin wenn die geplante Maßnahme unter diesem Blickwinkel erforderlich ist. Hierbei bedarf es keiner strikten Erforderlichkeit oder zwingenden Notwendigkeit des Vorhabens, die Planung muss nur vernünftigerweise geboten sein.

Gemäß § 8 Abs. 3 PBefG ist eine vollständige Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen. Dies gilt auch für U-Bahnhöfe. Am U-Bahnhof Paulsternstraße ist ein barrierefreier Zugang derzeit nicht vorhanden. Dort kann die Barrierefreiheit ausschließlich durch den Einbau eines Aufzuges realisiert werden, so dass dessen Einbau zur Verwirklichung der gesetzgeberischen Vorgaben unabdingbar ist. Der Einbau des in Rede stehenden Aufzuges sichert ferner die Barrierefreiheit nach § 4 des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) und nach § 4 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG), verbessert gleichermaßen aber auch die Zugänglichkeit für nicht in ihrer Mobilität eingeschränkte Fahrgäste.

Darüber hinaus ist eine Vielzahl von Bahnhöfen im Berliner U-Bahnnetz mit nur einer Zugangsanlage ausgestattet. Dies stellt aus verkehrlichen als auch aus sicherheitstechnischen Aspekten eine unbefriedigende Situation dar. Die Sicherheitsaspekte wurden anhand eines Gutachtens der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen (STUVA) im Jahr 2001 im Auftrag der damaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bewertet. In diesem Zusammenhang wurden Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheitsaspekte gegeben, die Bahnhöfe mit zusätzlichen Zugangsanlagen nachzurüsten. Der U-Bahnhof Paulsternstraße gehört zu denjenigen Bahnhöfen, welche derzeit über nur eine Zugangsanlage verfügen und somit zugleich nicht mehr den Anforderungen der BOStrab Tunnelbaurichtlinie - Abschnitt 2.2.1 Bahnsteige - entsprechen. Diese fordert mindestens zwei voneinander getrennte Zugangsanlagen für unterirdische Bahnhofsanlagen. Nur mit dem Neubau der weiteren Zugangsanlage kann dieser Forderung entsprochen werden. Das Vorhaben ist nach den oben dargelegten Grundsätzen vernünftigerweise geboten.

B III.3.1.2 Variantenuntersuchung

Der U-Bahnhof Paulsternstraße verfügt momentan über zwei Ausgänge (östlich bzw. westlich der Kreuzung Nonnendammallee/Otternbuchtstraße), die den südlichen Gehweg der Nonnendammallee mit einer zentralen Zwischenebene verbinden, von der zwei kombinierte Fest- und Fahrtreppenanlagen auf den Mittelbahnsteig führen.

Aufgrund der Lage des Bahnhofs und der sich damit ergebenden Oberflächensituation ist der Einbau einer zusätzlichen Zugangsanlage sowie eines Aufzugs auf der südlichen Seite der Nonnendammallee nicht möglich. Hier weist die Oberfläche nicht genügende Maße und Flächen zum Einbau eines Aufzugs bzw. eines Zugangs auf. Des Weiteren wären private Grundstücke betroffen.

Eine direkte Verbindung an das Straßenland ist aufgrund der Lage des U-Bahnhofs südlich der Nonnendammallee nicht möglich. Daher ist geplant, den Zugang und den Aufzug an einem der Bahnsteigenden zu bauen, von wo eine Zwischenebene erreicht werden soll, die nach Norden bis unter den Mittelstreifen geführt und von welcher aus das Straßenland erschlossen werden soll.

Aus den vorgenannten Gründen wurden zwei Varianten, jeweils bestehend aus Aufzug und Treppenanlage, am östlichen und westlichen Ende des Bahnsteigs betrachtet, wobei die Zugänge je nach Lage entweder auf dem östlich oder westlich der Kreuzung gelegenen Mittelstreifen mit dem öffentlichen Straßenland verbunden werden sollen.

Für die Auswahl des Standortes wurden nachfolgende allgemeinen Kriterien

- direkte Erschließung von Bahnsteig und Straßenebene mit einem Aufzug
- allgemeine Schutzziele wie Naturschutz, Wasserschutz, Denkmalschutz
- Erschließung wichtiger stadtfunktionaler Bereiche
- Lage und Erreichbarkeit im Einzugsbereich
- Anbindung an andere Anlagen des ÖPNV

sowie die spezifischen Bewertungskriterien

- Leistungsfähigkeit der neuen Aufzugserschließung/Umsteigeerschließung
- Beeinträchtigung des denkmalgeschützten Bahnhofs
- Lage und Erreichbarkeit im Straßenraum
- Beeinträchtigung der Straßenverkehre
- Beeinträchtigung des Grundwassers
- Eingriffe in Fremdleitungen
- Beeinträchtigung der bestehenden Erschließungen des Bahnhofs/Treppen/Fahrtreppen
- bauliche Anpassungen im Straßenbereich und im Bahnhof

durch die Vorhabenträgerin untersucht.

Grundsätzlich sind beide untersuchten Varianten realisierbar, die Vorhabenträgerin hat unter Anwendung der vorbezeichneten Kriterien eine der Varianten zur Vorzugsvariante erklärt.

#### Variante 1 (Vorzugsvariante)

Der Ausgang und der Aufzugsstandort befinden sich in Variante 1 am östlichen Bahnsteigende. Dieser Bereich ist bisher durch keinen Ausgang erschlossen. Der Einbau erfolgt durch Öffnen des Wandabschlusses zur sogenannten Trompete und Umbau der Betriebsräume. Von dort wird über einen Treppenlauf bzw. über den ersten Aufzug eine Zwischenebene erreicht. Diese verläuft nach Norden unter den dortigen Mittelstreifen. Auf dem Mittelstreifen münden auf Straßenebene der Ausgang und der Aufzug östlich der aktuell bestehenden Kreuzungswende.

Infolgedessen ist die Kreuzungswende nach Osten in den Bereich der dortigen Parkplätze zu verlegen. Hierdurch entfallen dauerhaft zwölf Parkplätze. Der Standort des Ausgangs und des Aufzugs wird über eine Gehwegvorstreckung an den Fußgängerüberweg angebunden.

Die Oberfläche im Bereich der Standortvariante 1 wird zu einem geringen Teil versiegelt, in Summe wird jedoch eine Fläche von etwa 300 m<sup>2</sup> entsiegelt.

Der Standort ist so gewählt, dass die Umsteigewege zu den Bushaltestellen möglichst geringgehalten werden. Diese betragen rund 77 m zu den Bushaltestellen.

### Variante 2

Die Variante 2 gestaltet sich spiegelbildlich zur Variante 1 in westlicher statt östlicher Lage zum Bahnsteig. Konkret befinden sich in Variante 2 der Ausgang und der Aufzugsstandort am westlichen Bahnsteigende, das bislang verschlossen ist. Der Einbau erfolgt hier durch Öffnen des Wandabschlusses zur Trompete und Umbau der Technikbereiche. Die von dort über einen Treppenlauf bzw. über den ersten Aufzug zu erreichende und nach Norden verlaufende Zwischenebene endet unter dem westlich der Kreuzung befindlichen begrünten Mittelstreifen. Der Ausgang und der Aufzug münden auf Straßenebene westlich der Kreuzungswende auf dem Mittelstreifen. Diese muss dementsprechend nach Westen verlegt werden. Der Standort des Ausgangs und des Aufzugs wird über eine Gehwegvorstreckung an den Fußgängerüberweg angebunden. In diesem Zusammenhang muss eine aufgegebene Gleisanlage der ehemaligen Güterbahn zurückgebaut werden. Ferner ist die Grünfläche des Mittelstreifens betroffen, die teilweise zu versiegeln ist.

Die längste Entfernung zu den Bushaltestellen beträgt rund 142 m. Parkplätze sind auf diesem Mittelstreifen nicht vorhanden, so dass folglich keine Parkplätze entfallen.

### Ergebnis der Variantenauswahl

Unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile hat sich die Vorhabenträgerin für die Standortvariante 1 als Vorzugsvariante entschieden. Dabei seien die Vor- und Nachteile beider Varianten in einer Vielzahl der Abwägungskriterien identisch, unterschieden sich indes in entscheidenden Punkten. Als Vorteile der Variante 1 führt die Vorhabenträgerin an, dass eine größere Fläche als Grünfläche wiederhergestellt werde. Darüber hinaus weise diese Variante den kürzesten Umsteigeweg zu den Bushaltestellen auf und schließlich sei die Lage zum Erschließungszeitpunkt eindeutig zentraler gelegen.

Bei Umsetzung der Variante 2 würden zwar keine Parkplätze entfallen, dennoch würden in der Gesamtschau die Vorteile der Variante 1 überwiegen, so dass dieser der Vorrang eingeräumt werde.

#### B III.3.1.3 Beurteilung der Planfeststellungsbehörde

Insgesamt schließt sich die Planfeststellungsbehörde nach eigener Prüfung der vorgelegten Planung an. Die Vorhabenträgerin hat sich in nachvollziehbarer Weise für Variante 1 als Vorzugsvariante für den Zugangs- und Aufzugseinbau entschieden, da deren Vorteile gegenüber der Variante 2 überwiegen. Diese Standortvariante ist sowohl im öffentlichen Straßenland als



auch auf Bahnsteigebene gut auffindbar und stellt keine Beeinträchtigung des Verkehrsweges der Fahrgäste auf Bahnsteig- und Straßenebene dar. Des Weiteren sind die Eingriffe in die Bausubstanz und in Fremdleitungen überschaubar. Ferner sprechen die kurzen Umsteigewege zu den Bushaltestellen für die Realisierung dieser Variante. Positiv ist auch der Umstand, dass bei dieser Variante mehr Fläche entsiegelt als versiegelt wird.

Für die Variante 2 spricht zwar, dass bei deren Umsetzung nicht zwölf Parkplätze entfallen würden. Allerdings ist insofern zu berücksichtigen, dass auf dem nicht einmal 100 m entfernten öffentlichen Kundenparkplatz „Siemensstadt Park“ ausreichend Parkplätze zur Nutzung zur Verfügung stehen. Ohnehin besteht nach § 10 Abs. 2 S. 2 Berliner Straßengesetz (BerlStrG) kein Rechtsanspruch auf die Aufrechterhaltung des Gemeingebrauchs. Der alleinige Vorteil der Variante 2 des mangelnden Entfallens der Parkplätze wiegt daher nicht schwerer als die vorab dargelegten Vorteile der Variante 1.

Abschließend ist festzustellen, dass nach Betrachtung aller Vor- und Nachteile der Standortvariante 1 der Vorzug zu gewähren ist.

#### B III.3.2 Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen und deren Bewertung

Von dem Vorhaben sind die Schutzgüter Mensch, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 UVPG betroffen.

Das Schutzgut Mensch kann vorübergehend baubedingt Lärm-, Staub- und Abgasimmissionen ausgesetzt sein. Unzumutbare Lärmbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten werden jedoch durch die Einhaltung der AVV Baulärm ausgeschlossen.

Das Schutzgut Pflanzen wird durch den dauerhaften Entfall eines Baumes betroffen. Im Gegenzug wird eine Neupflanzung einer Doppelreihe von kleinwüchsigen Bäumen alleenartig beidseitig der Zuwegung von der Kreuzung vorgenommen. Ein weiterer vorhandener Baum wird geschützt und zwei Bäume werden zwar entfernt, indes artgleich erneuert. Anderweitige Vegetation wird durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.

Dauerhaft wird für den geplanten Bau eine Fläche von 295 m<sup>2</sup> versiegelt. Im gleichen Zuge wird jedoch eine Fläche von 595 m<sup>2</sup> entsiegelt, so dass in Summe nachhaltig eine Gesamtfläche von 300 m<sup>2</sup> entsiegelt wird.

Während der Baumaßnahmen werden Verkehrsflächen auf der Straße (insbesondere Fahrstreifen und Bürgersteig) temporär verlegt und zum Abschluss des Vorhabens wiederhergestellt. Dauerhafte Veränderungen entstehen im Bereich des Mittelstreifens durch Entfall von zwölf Parkplätzen, durch Verlegung der Kreuzungswende und durch Vorstreckung des Gehwegs bis zum neuen Ausgang.

Baubedingt besteht die Gefahr, dass Betriebs- und Schmierstoffe aus Fahrzeugen und Baumaschinen austreten und in den Boden gelangen. Dem wird mittels Schutzmaßnahmen begegnet. Baubedingte erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind damit nicht zu erwarten.

Das Vorhaben tangiert das Grundwasser, es wird eine Grundwasserhaltungsmaßnahme durchgeführt. Die dabei zu entnehmende und abzuleitende Gesamtfördermenge an Grundwasser

wurde mit ca. 18.650 m<sup>3</sup> berechnet. Außerdem sollen ca. 250 m<sup>3</sup> flüssige oder pastöse Stoffe für die horizontale Abdichtung in das Grundwasser eingeleitet werden. Erhebliche Gefährdungen für das Schutzgut Wasser können durch die Beachtung der wasserbehördlichen Anordnungen ausgeschlossen werden.

Der U-Bahnhof Paulsternstraße ist in der Berliner Denkmalliste als Nr. 09096870,T,003 eingetragen; insofern sind bei diesem Vorhaben Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege berührt. Die Errichtung des Aufzuges und der zusätzlichen Treppe am Bahnsteigende erfolgt allerdings an der Stelle mit dem geringstmöglichen Eingriff in das Bauwerk bzw. das Denkmal ohne die bestehende Treppenerschließung der Bahnsteighalle zu beeinträchtigen. Damit sind die Auswirkungen auf das Schutzgut kulturelles Erbe/sonstige Sachgüter (Kulturgüter) nicht hinreichend gravierend, als dass sie eine UVP-Pflicht auslösen würden.

Die Prüfung der Planunterlagen hat ergeben, dass durch das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Für das vorliegende Änderungsvorhaben erfolgte nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 und § 7 Abs. 1 S. 1 UVPG i.V.m. Nummer 14.11 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht, um zu ermitteln, ob die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können. Im Rahmen dieser allgemeinen Vorprüfung wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne und Stellungnahme des Landesdenkmalamts) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Im Rahmen des durchgeführten Genehmigungsverfahrens haben sich keine Anhaltspunkte für eine andere Bewertung ergeben. Zwar sind die vorstehenden Schutzgüter des § 2 Abs. 1 UVPG durch das Vorhaben betroffen, allerdings werden von diesem keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorgerufen, zumal insbesondere durch die Nebenbestimmungen A II.1 (Allgemeines), A II.2 (Inanspruchnahme von Grundstücken), A II.4 (Lärmschutz), A II.5 (Eingriffe in Natur und Landschaft), A II.11 (Bodenschutz), A II.12 (Denkmalschutz) und A III (Wasserbehördliche Erlaubnis) Umweltauswirkungen soweit wie möglich vermieden werden.

### B III.3.3 Verhältnis zur Bauleitplanung

Im Gebiet des Vorhabens sind folgende Bebauungspläne aufgestellt bzw. im Verfahren:

#### a) Bebauungsplan VIII-178, festgesetzt am 18.10.1992

Das Vorhaben liegt teilweise im Bereich des Bebauungsplans VIII-178 und zwar ausschließlich auf Flächen, die darin als Straßenverkehrsflächen festgesetzt sind. Ein planerischer Widerspruch des Vorhabens mit dem Bebauungsplan besteht nicht, zumal der Bebauungsplan VIII-178 ausdrücklich klarstellt, dass die Einteilung der Straßenverkehrsflächen nicht Gegenstand der Festsetzung ist. Das öffentliche Straßenland wird durch das Vorhaben nicht überplant, insbesondere wird die Straßenbegrenzungslinie nicht verändert.

#### b) Bebauungsplan 5-60VE (vorhabenbezogen), festgesetzt am 05.06.2012

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 5-60VE trifft Festsetzungen in unmittelbarer Nähe des Vorhabens, tangiert dieses aber nicht.

c) Bebauungsplanentwurfs 5-129 B, veröffentlicht am 29.09.2023

Der Bebauungsplanentwurf 5-129 B sieht Festsetzungen in unmittelbarer Nähe des Vorhabens vor, tangiert dieses aber nicht.

Im Ergebnis sind daher keine Konflikte oder planerischen Widersprüche der vorliegenden Planung mit der Bauleitplanung ersichtlich.

#### B III.3.4 Klimaschutz

Die Realisierung des Vorhabens kann Einfluss auf die gesetzgeberischen Klimaschutzziele i.S.d. §§ 1 und 3 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) haben, insoweit es Emissionen von Treibhausgasen i.S.d. § 2 KSG – hier insbesondere Kohlendioxid – verursacht. Diesen Einfluss hat die Planfeststellungsbehörde gem. § 13 KSG bei ihrer Entscheidung untersucht und berücksichtigt.

Das Vorhaben als solches wird keine zusätzlichen Treibhausgasemissionen verursachen, sofern der Aufzug mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben wird. Auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, wäre allenfalls mit Treibhausgasemissionen von sehr geringem Umfang zu rechnen. Die Benutzung der Treppe verursacht indes keinerlei Treibhausgasemissionen. In der Bauphase ist dagegen mit Treibhausgasemissionen zu rechnen, einerseits aus dem Betrieb von Baumaschinen und -anlagen, andererseits aus Herstellung und Transport der verwendeten Baustoffe.

Allen Treibhausgasemissionen stehen Treibhausgasminderungen durch die Realisierung des Vorhabens gegenüber. Der Umstand, dass mehr Fläche entsiegelt als versiegelt sowie mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden, ist als positiver Beitrag zu sehen. Darüber hinaus erhöht das Vorhaben die Attraktivität des ÖPNV insgesamt und vermag dadurch zu weiterer Einsparung von Treibhausgasemissionen beizutragen, indem es Fahrten des MIV entfallen lässt. Trotz der unvermeidbaren bauzeitlichen Treibhausgasemissionen ist der Beitrag des Vorhabens zur Erreichung der Zwecke und Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde als positiv einzuschätzen. Bei dieser Gesamtabwägung wurde auch berücksichtigt, dass sowohl das gem. § 9 KSG beschlossene Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ausdrücklich eine Förderung des ÖPNV vorsieht, als auch zu den Steuerungsmaßnahmen für einen klimagerechten Verkehr der Ausbau des Schienenverkehrs und die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs gehören, (vgl. Umweltbundesamt, Klimaschutzinstrumente im Verkehr, Bausteine für einen klimagerechten Verkehr, Stand 15.03.2023, veröffentlicht auf der Webseite des Umweltbundesamtes [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/2023-03\\_kliv\\_uebersicht\\_bausteine\\_klimavertraeglicher\\_verkehr.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/2023-03_kliv_uebersicht_bausteine_klimavertraeglicher_verkehr.pdf)).

## **B IV Festsetzungen und Nebenbestimmungen**

Die unter A I, A II und A III getroffenen Festsetzungen und Nebenbestimmungen werden wie folgt begründet:

### **B IV.1 Allgemeines**

Mit den Trägern öffentlicher Belange ist das Benehmen hergestellt worden. Soweit Bedenken vorgetragen wurden, sind sie ausgeräumt worden.

Rechte Dritter sind betroffen. Sofern darüber Entscheidungen zu treffen waren, wurden diese unter A I bis A III verfügt. Sonstige Gründe und Rechte Privater, die der Durchführung des Planes entgegenstehen, sind nicht bekannt.

#### Zu der Nebenbestimmung A II.1

Die Plangenehmigung nach § 28 Abs. 1 PBefG i.V.m. § 74 Abs 6 VwVfG umfasst nicht die Inbetriebnahmegenehmigung der Betriebsanlage nach § 62 Abs. 1 BOStrab. Daher wird der Vorhabenträgerin unter A II.1 auferlegt, die Ausführungsunterlagen der Technischen Aufsichtsbehörde (TAB) zwecks Prüfung gemäß § 60 Abs. 1 BOStrab zur Zustimmung nach § 60 Abs. 3 BOStrab vorzulegen.

Mit der beauftragten Informationspflicht soll den betroffenen Anliegern ermöglicht werden, sich frühzeitig auf mögliche Einschränkungen vorzubereiten. Weiterhin soll mit der Festsetzung erreicht werden, dass die Ver- und Entsorgung der durch das Vorhaben betroffenen Anwohner und Gewerbebetriebe sichergestellt ist und die gesetzlichen Grenzwerte der Emissionen eingehalten bzw. Überschreitungen auf das Notwendigste beschränkt werden. Die gemäß Gesetz über die Zuständigkeiten in der Allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz – AZG) sowie dem jeweiligen Geschäftsverteilungsplan zuständigen Behörden und Stellen werden um Amtshilfe bei der Umsetzung des Vorhabens und der Kontrolle der Auflagen und Nebenbestimmungen entsprechend der vorliegenden Plangenehmigung gebeten.

### **B IV.2 Inanspruchnahme/Beeinträchtigung von Grundstücken**

#### Zu der Nebenbestimmung A II.2

Die Umsetzung des Vorhabens findet in unmittelbarer Nähe des privaten Grundstückes Nonnendammallee 44 (Flurstück 70 in der Flur 2 der Gemarkung Haselhorst) statt. Um der Grundstückseigentümerin ihr Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nach Art. 14 Abs. 1 GG zu gewährleisten, wird der Vorhabenträgerin unter A II.2 auferlegt, die Grundstückszufahrt jederzeit zu gewährleisten.

Die Eigentümerin des vorbezeichneten Grundstücks teilte mit Schreiben vom 18. Oktober 2023 mit, dass sie auf ihrem Grundstück den Bau eines Hochhauses plane. Dass bereits eine Baugenehmigung vorliege oder ein Antrag darauf gestellt worden sei, wurde nicht vorgetragen. Insofern liegt keine verfestigte Planung vor, die beim hiesigen Vorhaben berücksichtigt werden müsste, zumal sich beide Vorhaben nach Beurteilung der Planfeststellungsbehörde ohnehin an räumlich anderer Stelle befinden und daher nicht voneinander abhängen.

#### B IV.3 Brandschutz

##### Zu der Nebenbestimmung A II.3

Um Fahrgästen und anderen Personen im Brandfall sowie in anderen Gefahrenlagen, in denen eine Evakuierung nötig ist, eine Orientierung zum kürzesten Fluchtweg zu bieten, sind die Rettungswege zu kennzeichnen.

Zur Vorbereitung der Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr auf einen möglichen Brandfall ist sicherzustellen, dass der Berliner Feuerwehr im Vorfeld ausreichend Kenntnisse über die räumliche Situation des U-Bahnhofs zur Verfügung stehen. Daher wird der Vorhabenträgerin auferlegt, die unter A II.3 aufgeführten Auflagen einzuhalten und nachzuweisen.

#### B IV.4 Immissionsschutz

##### Zu der Nebenbestimmung A II.4

Der Betrieb des zu errichtenden Aufzugs und des neuen Ausgangs als solches verursacht keine Lärmemissionen. Zur Vermeidung von Lärmemissionen und zum Schutz der Anwohner sowie Gewerbetreibenden während der Bauzeit werden der Vorhabenträgerin unter A II.4 Auflagen zur Lärmminimierung auferlegt.

Nachts sind keine Arbeiten planmäßig vorgesehen. Über entsprechende Ausnahmeanträge entscheidet die Immissionsschutzbehörde der SenMVKU.

Störungen der Anlieger durch Staubentwicklung während des Baubetriebs lassen sich nicht gänzlich vermeiden. Mit den als Minimierungsmaßnahmen erlassenen Auflagen (Abstellen der Motoren von Fahrzeugen und Geräten, die nicht betrieben werden sowie Befeuchtung von Flächen und Materialien, die zur Staubentwicklung neigen) können unzumutbare Beeinträchtigungen während der Bauzeit aber vermieden werden.

#### B IV.5 Eingriffe in Natur und Landschaft

##### Zu der Nebenbestimmung A II.5

Für die drei benannten Bäume wird eine Fällgenehmigung erteilt, da sie sich im Bereich der benötigten Baugrube befinden und ihre Entfernung daher nicht vermieden werden kann. Um weitere Eingriffe des Vorhabens in die Natur möglichst zu vermeiden, werden der Vorhabenträgerin die unter A II.5 aufgeführten Auflagen auferlegt.

#### B IV.6 Straßenbau

##### Zu der Nebenbestimmung A II.6

Die Planunterlagen enthalten alle planrechtlich relevanten Angaben, entsprechen jedoch nicht der Planungstiefe einer Ausführungsplanung. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung des Vorhabens den in Berlin geltenden technischen Regelwerken entspricht und die Belange der Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden, werden der Vorhabenträgerin die unter A II.6.1 aufgeführten Nebenbestimmungen auferlegt.

Mit einem Beleuchtungskonzept (A II.6.2) wird die öffentliche Beleuchtung im Baubereich in Abstimmung mit dem Betreiber der öffentlichen Beleuchtung durch die Vorhabenträgerin ergänzt, um auch bei Dunkelheit eine sichere Benutzbarkeit der Straße zu gewährleisten.

B IV.7 Straßenverkehrsbehördliche Belange

Zu der Nebenbestimmung A II.7

Während der Bauzeit werden Baustelleneinrichtungsflächen auf dem öffentlichen Straßenland der Nonnendammallee errichtet und der Straßenverkehr eingeschränkt. Bauzeitliche Einschränkungen im Straßenverkehr sind unter Beachtung der Maßgaben des Berliner Mobilitätsgesetzes möglichst zu minimieren. Gemäß § 45 Abs. 6 StVO hat die Vorhabenträgerin vor dem Beginn von Arbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, von der zuständigen Behörde Anordnungen nach § 45 Abs. 1 bis 3 StVO darüber einzuholen, wie ihre Arbeitsstellen abzusperren und zu kennzeichnen sind, ob und wie der Verkehr, auch bei teilweiser Straßensperre, zu beschränken, zu leiten und zu regeln ist und ferner, ob und wie sie gesperrte Straßen und Umleitungen zu kennzeichnen hat. Die straßenverkehrsbehördliche Anordnung wird der Vorhabenträgerin dem Grunde nach mit dieser Plangenehmigung unter Beachtung der in A II.7 genannten Auflagen erteilt.

B IV.8 Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes

B IV.8.1 Dauerhafte Sondernutzung

Zu der Nebenbestimmung A II.8.1

Der neue Ausgang/Aufzug stellt gemäß § 1 Abs. 7 BOStrab eine Betriebsanlage der Straßenbahn und mithin der gegenständlichen U-Bahn nach § 1 Abs. 1 S. 1 BOStrab i.V.m. § 4 Abs. 2 PBefG dar. Infolge der Errichtung des neuen Ausgangs/Aufzugs im öffentlichen Straßenland wird eine öffentliche Straße von der U-Bahn benutzt, so dass die Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast nach § 31 Abs. 1 PBefG erforderlich ist, die mit dieser Genehmigung erfolgt.

B IV.8.2 Temporäre Sondernutzung

Zu der Nebenbestimmung A II.8.2

Während der Bauzeit müssen für die Baustelleneinrichtung Flächen des Landes Berlin in Anspruch genommen werden. Dafür ist die Erteilung der gegenständlichen temporären Sondernutzungserlaubnis nach §§ 11, 12 BerlStrG erforderlich, die mit vorliegender Genehmigung vorbehaltlich der unter A II.8.2 erlassenen Nebenbestimmungen erteilt wird. Diese sind erforderlich, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auch während der Baumaßnahme zu gewährleisten.

B IV.9 Wiederherstellung der bauzeitlich genutzten Flächen

Zu der Nebenbestimmung A II.9

Nach § 12 Abs. 9 BerlStrG haben die Versorgungsunternehmen nach Beendigung der Arbeiten an ihren Anlagen die öffentliche Straße unverzüglich wieder instand zu setzen, sofern nicht der Straßenbaulastträger erklärt hat, die Instandsetzung selbst vorzunehmen.

Während der Bauzeit wird das öffentliche Straßenland Nonnendammallee als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt. Der Straßenbaulastträger hat nicht erklärt, die Instandsetzung selbst vorzunehmen, so dass der Vorhabenträgerin unter A II.9 auferlegt wird, die temporär für Bauarbeiten genutzten Flächen entsprechend ihrer ursprünglichen Nutzung nach den Maßgaben dieser Genehmigung in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger wiederherzustellen.

#### B IV.10 Abfall

##### Zu der Nebenbestimmung A.II.10

Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Rechtsvorschriften, deren Vollzug im Zuständigkeitsbereich Abfallbehörde (derzeit SenMVKU I B 2) liegt, konnte das Bauvorhaben mit den derzeit vorliegenden Unterlagen nicht abschließend geprüft werden.

Da die vorgelegten Unterlagen keine aussagefähigen Angaben darüber enthalten, welche Abfälle in welchen Mengen zur Entsorgung anfallen, wird die zu erwartende Abfallsituation nicht objektiv wiedergegeben. Daher wird der Vorhabenträgerin unter A II.10 auferlegt, Abfalluntersuchungen vorzunehmen und ein baustellenbezogenes Entsorgungskonzept zu erstellen, um eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung sicherzustellen. Aus ähnlich gearteten Bauvorhaben ist bekannt, dass bei dieser Baumaßnahme mehr oder weniger verschiedene Abfallfraktionen zur Entsorgung anfallen und mit gefährlichen Abfällen zu rechnen ist. Als mögliche Schadstoffquellen sind insbesondere Asphalt, Boden und Bauschutt zu nennen.

Gemäß § 1 der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) sind Abfälle nach ihrer Gefährlichkeit einzustufen. Die jeweilige Zuordnung der Abfälle zu den Abfallarten der AVV liegt hierbei in der Verantwortung des Erzeugers oder Besitzers von Abfällen (Abfallerzeuger), vorliegend also der Vorhabenträgerin. Dies bedeutet, dass die Vorhabenträgerin für die Folgen einer möglichen Falschdeklaration haftbar ist.

Die Vorhabenträgerin hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Abfälle, soweit technisch möglich, nach Abfallarten und Schadstoffgehalt getrennt voneinander erfasst sowie ordnungsgemäß und schadlos entsorgt werden. Vor Beginn der Bauarbeiten sollte daher sichergestellt sein, welche Abfälle mit welchen Schadstoffbelastungen zur Entsorgung anfallen werden.

Sofern Abfalluntersuchungen vor Beginn der Bauarbeiten nicht ausreichend in Qualität und Umfang angefertigt oder von der Abfallbehörde angeforderte Ergebnisse nicht oder nicht vollständig oder rechtzeitig vorliegen, muss die Vorhabenträgerin die Kosten/Konsequenzen für weitere zusätzliche Feststellungen tragen.

Nähergehende Hinweise zum Umgang und zur Entsorgung von Abfällen, die bei Baumaßnahmen im Land Berlin anfallen, sind in den geltenden Merkblättern unter <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/kreislaufwirtschaft/service/gewerbetreibende/bauabfall/#merkblaetter> zu finden.

Verbindliche Einstufungen von Abfällen (z.B. nach den Technischen Regeln der LAGA) trifft ausschließlich die Abfallbehörde.

**B IV.11 Bodenschutz**

Zu der Nebenbestimmung A.II.11

Im Umfeld der geplanten Baumaßnahme sind diverse Flächen bekannt, die im Bodenbelastungskataster unter den Nummern 103, 168, 2176, 1425 und 15489 geführt werden. Für diese Flächen sind die in der Nebenbestimmung genannten Parameter relevant, deren Untersuchung daher angeordnet wird.

Obwohl durch die Baumaßnahme nicht mit der Ausbildung eines nennenswerten Absenkeeffekts zu rechnen ist, ist eine hydraulische Beeinträchtigung der Umgebung nicht vollständig auszuschließen. Daher werden die Untersuchungen des Grundwassers angeordnet.

**B IV.12 Denkmalschutz**

Zu der Nebenbestimmung A.II.12

Das Vorhaben greift in ein Denkmal ein und berührt damit die Belange des Denkmalschutzes, welche mit dieser Genehmigung nur dem Grunde nach geregelt werden. Um eine denkmalrechtskonforme Umsetzung des Vorhabens zu gewährleisten, werden der Vorhabenträgerin die unter A II.12 genannten Auflagen auferlegt.

**B IV.13 Anlagen Dritter**

Zu der Nebenbestimmung A II.13

Einzelne Leitungsträger führen an, dass sich im Baubereich Leitungen befinden. Sie beziehen sich dabei auf ihren Stellungnahmen beigefügten Pläne, in denen ihre Leitungen dargestellt sind. Weiterhin erteilen die Leitungsträger mit ihren Stellungnahmen allgemeine Auflagen und geben allgemeine Hinweise bezüglich Erhalt, Betrieb und Schutz der Leitungen für den Zeitraum der Umsetzung des Vorhabens. Die Vorhabenträgerin sagt zu, die Auflagen und Hinweise der Leitungsträger im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens zu beachten. Zur Sicherstellung der Funktion und des Betriebes der Medien werden der Vorhabenträgerin die unter A II.13 genannten Nebenbestimmungen auferlegt.

**B V Wasserbehördliche Erlaubnis**

**B V.1 Allgemein**

Zu der Nebenbestimmung A III

Die Erteilung von Bedingungen und Auflagen erfolgt auf der Grundlage von § 13 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 14 des Berliner Wassergesetzes (BWG).



Die Überwachungs- und Kontrollaufgaben der Wasserbehörde bzw. die Aufgaben und Befugnisse der Gewässeraufsicht ergeben sich aus den §§ 100, 101 WHG sowie 67, 68 und 69 BWG. Danach muss den Vertretern der Wasserbehörde u.a. jederzeit Zutritt zu den Betriebsstätten, Einblick in Unterlagen und die Entnahme von Baustoffen gestattet werden. Es müssen Auskünfte erteilt, technische Ermittlungen und Prüfungen ermöglicht sowie Werkzeuge und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen und Bedingungen bezüglich der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sind gerechtfertigt, angemessen und verhältnismäßig, da nur auf diese Weise die erforderliche einwandfreie Überwachung der Maßnahmen gewährleistet werden kann.

Wegen der direkten Auswirkungen der Grundwasserbenutzungen auf andere Grundstücke und die Schutzgüter wurde behördenintern die Altlastenbehörde des betroffenen Bezirks beteiligt.

Die Ausführung der Beweissicherungen ist mit dem Zugang zum Gelände und zu den Anlagen der Betroffenen verbunden, so dass es deren Mitwirkung bedarf; privat- bzw. nachbarrechtliche Belange sind dabei nicht Gegenstand des wasserrechtlichen Verfahrens.

Durch die geforderten Beweissicherungen und Nullmessungen wird die Feststellung des Ist-Zustandes gewährleistet. Die Errichtung des Messstellennetzes muss vor Beginn nachgewiesen werden, da nur so eine kontinuierliche Überwachung der Auswirkungen (Wasserstand) gewährleistet ist.

Zur Beurteilung der Auswirkungen und zur Vorbeugung negativer Auswirkungen der Baumaßnahme auf die umliegende Bebauung/Vegetation/sonstige Güter werden umfangreiche Überwachungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen gefordert.

Dazu gehören

- die Überwachung der Grundwasserbenutzung durch einen Betriebsbeauftragten
- die Beweissicherungen vor, während und nach den Grundwasserbenutzungen
- die Errichtung eines abgestimmten Grundwasserstandsmessstellennetzes sowie die Überwachung der Grundwasserstände hinsichtlich der Schutzgüter
- Überwachung der Grundwasserqualität zur Regelung der Ableitung und baubegleitende Überwachung.

Die geforderte Bestellung eines Betriebsbeauftragten ergibt sich aus § 13 Abs. 2 WHG und gewährleistet eine konzentrierte und fachkundige Überwachung und Ausführung der Sicherungsmaßnahmen. Es wird ein von den bauausführenden Unternehmen unabhängiger Betriebsbeauftragter gefordert, um Interessenkonflikte bei der Beauftragung zu vermeiden. Die geforderte Ausbildung und Berufserfahrung ist erforderlich, um die Erfüllung der in den Auflagen festgelegten Anforderungen zu gewährleisten. Der Aufgabenkatalog orientiert sich an den bei diesem Bauvorhaben notwendigen Kontrollmaßnahmen zur Vermeidung negativer Auswirkungen während der Grundwasserförderung.

Nach § 14 Abs. 2 BWG muss bei der Erteilung einer Erlaubnis für eine Benutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG die wasserwirtschaftlich einwandfreie Einleitung des Wassers nach Gebrauch gewährleistet werden.

Es ist daher erforderlich, die regelmäßige Beprobung des geförderten Grundwassers auf für den Grundwasserschutz relevante Parameter durch ein akkreditiertes Fachlabor und die für die Einleitung einzuhaltenden Werte festzulegen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analytik muss dann der Einleitungsort in der Erlaubnis bestimmt werden.

Die Durchführung der Analysen wird auf Grundlage von § 68 BWG gefordert.

Das zu fördernde Grundwasser muss aufgrund der nicht vorhandenen aktuellen Analytik bei Einleitung in die öffentliche M- bzw. S-Kanalisation zunächst von einem Fachlabor beprobt werden. Gemäß dem Nachweis einer ausreichenden Qualität kann das Förderwasser in die Regenwasserkanalisation eingeleitet werden.

Aufgrund der sich ständig verändernden Grundwassersituation und Beeinflussungen durch andere Bauvorhaben muss die Erlaubnis für die geplanten Grundwasserbenutzungen auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt werden. Dieser orientiert sich an den eingereichten Bauzeiten. Die Befristung dient der regelmäßigen Kontrolle und Anpassung der Erlaubnis an die Erfordernisse des Grundwasserschutzes und der Vermeidung negativer Auswirkungen durch zeitgleiche Baumaßnahmen oder andere beeinflussende Ereignisse.

#### B V.2 Niederschlagsentwässerung

##### Zu der Nebenbestimmung A III.1

Gegen das Vorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen. Jedoch sind die Planunterlagen hinsichtlich der Entwässerung des Niederschlagswassers (genaue Erläuterung zur Entwässerung und Auslegung der geplanten Versickerungsanlagen) in der Ausführungsplanung zu überarbeiten. Um eine ordnungsgemäße Niederschlagsentwässerung sicherzustellen, werden der Vorhabenträgerin die unter A III.1 benannten Auflagen auferlegt.

Es wird empfohlen zu prüfen, ob für die geplante Entwässerung die Voraussetzungen für die Erlaubnisfreiheit nach der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) erfüllt werden.

#### B V.3 Grundwasser

##### Zu der Nebenbestimmung A III.2

Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens wurde beantragt, eine Grundwasserhaltungsmaßnahme durchzuführen. Die dabei zu entnehmende und abzuleitende Gesamtfördermenge an Grundwasser wurde mit ca. 18.650 m<sup>3</sup> berechnet.

Außerdem sollen ca. 250 m<sup>3</sup> flüssige oder pastöse Stoffe für die horizontale Abdichtung in das Grundwasser eingeleitet werden.

Das Vorhaben stellt nach den Bestimmungen des § 9 Abs. 1 WHG Benutzungen dar, die nach §§ 8 ff. WHG einer wasserbehördlichen Erlaubnis bedürfen.

Das außerdem geplante Einbringen von festen Stoffen (Spundwand und Verbauträger) wird gegenwärtig als nur anzeigepflichtig angesehen. Der Anzeigepflicht wurde nachgekommen.

Das Plangenehmigungsverfahren nach § 28 PBefG entfaltet eine Konzentrationswirkung öffentlich-rechtlicher Entscheidungen. Nach den Bestimmungen des § 19 WHG entscheidet die Planfeststellungsbehörde über die Erteilung der Erlaubnis, die Entscheidung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde zu treffen. Für das gegenständliche Verfahren wurde das Einvernehmen mit der Wasserbehörde hergestellt.

Die Erlaubnis wird nach den Bestimmungen der §§ 8 bis 13 WHG auf der Grundlage des Antrages (Gutachten zum Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis) und der dazu eingereichten Unterlagen erteilt. Soweit durch die Inhalts- und Nebenbestimmungen der Erlaubnis keine anderen Festlegungen getroffen werden, bezieht und erstreckt sie sich auf das im Antrag und in den Unterlagen dargestellte Vorhaben.

Etwaige Abweichungen von dem maßgeblichen Antragsinhalt (z.B. in Bezug auf die Art oder Menge der Einsatzstoffe o.ä.) bedürfen einer neuen wasserbehördlichen Beurteilung und sind daher nicht von dieser Erlaubnis abgedeckt.

#### B V.4 Hinweise

##### Zu der Nebenbestimmung A III

- a) Sollen die Grundwasserbenutzungen nach Ablauf der Geltungsdauer der Erlaubnis fortgesetzt werden, muss, sobald dies erkennbar ist, schriftlich eine entsprechende Verlängerung beantragt werden.
- b) Durch die wasserbehördliche Erlaubnis wird die Verpflichtung zur Einholung weiterer erforderlicher behördlicher Zulassungen sowie privatrechtlicher Gestattungen nicht berührt.
- c) Für alle Einleitungen in die öffentliche Kanalisation ist die Genehmigung der Berliner Wasserbetriebe über die zuständige Kanalbetriebsstelle einzuholen.
- d) Die Erlaubnis setzt die Einhaltung der Regeln der Bautechnik voraus.
- e) Nach § 13 Abs. 1 WHG sind Inhalts- und Nebenbestimmungen auch nachträglich sowie auch zu dem Zweck zulässig, nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen. Nach § 18 WHG ist die wasserbehördliche Erlaubnis widerruflich.
- f) Höhenpunkte, Grenzsteine und sonstige Vermessungspunkte dürfen nicht beschädigt und ohne Zustimmung der zuständigen Behörden nicht entfernt oder verändert werden.
- g) Die der Wasserbehörde zu übermittelnden Daten können von der Wasserbehörde gespeichert und ggf. weiterverwertet werden.
- h) Nach § 48 Abs. 1 WHG dürfen nur Stoffe in das Grundwasser eingebracht und eingeleitet werden, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist. Dies ist insbesondere bei der Auswahl der Zemente und Zusatzstoffe zu beachten.
- i) Nach § 13a Abs. 1 BWG wird für das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser ein Grundwasserentnahmeentgelt erhoben. 6.000 m<sup>3</sup> jährlich sind entgeltfrei. Das Entgelt wird mit gesondertem Bescheid festgesetzt.

- j) Rückfragen zu den Nebenbestimmungen können mit der Wasserbehörde (SenMVKU II D 36) unter Telefon 9025-2113 geklärt werden.

#### **B VI Einwendungen von Privatpersonen**

Die von der Eigentümerin des Grundstücks Nonnendammallee 44 (Flurstück 70 in der Flur 2 der Gemarkung Haselhorst im Bezirk Spandau) in ihren Stellungnahmen vom 17. Oktober 2023 und vom 16. Januar 2024 geäußerten Vorbehalte gegen das Vorhaben hat die Planfeststellungsbehörde in pflichtgemäßem Ermessen als Einwendung berücksichtigt.

Die Einwendung richtet sich allerdings nicht gegen den Plan der Vorhabenträgerin, da entsprechende Gründe für die Art der Beeinträchtigung oder Schwere nicht vorgetragen wurden und läuft daher ins Leere, so dass sie im Ergebnis zurückzuweisen ist.

Da das geplante Bauvorhaben der Einwenderin und das hiesige Vorhaben weder voneinander abhängen, noch sich erkennbar beeinflussen oder gar ausschließen (vgl. oben B IV.2), sieht die Planfeststellungsbehörde keinen rechtlichen Spielraum für Regelungen in Form von Nebenbestimmungen, die der Vorhabenträgerin aufzuerlegen wären. Dazu gehört auch die von der Einwenderin angestrebte (privatrechtliche) Nachbarschaftsvereinbarung, die deshalb nicht Gegenstand des hiesigen Genehmigungsverfahrens sein kann.

#### **B VII Gesamtabwägung**

Die Planfeststellungsbehörde kommt bei einer zusammenfassenden Bewertung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass die mit dem antragsgegenständlichen Vorhaben verfolgten Ziele erreicht werden können. Zudem besteht an der Umsetzung des Vorhabens ein gesetzgeberisches Interesse (§ 8 Abs. 3 Satz 3 PBefG).

Die Planfeststellungsbehörde hat die vom Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange ermittelt, alle Belange in die Abwägung eingestellt und diese gegeneinander und untereinander abgewogen. Es verbleiben keine Betroffenheiten, die der Genehmigung des Plans entgegenstehen. Die bauzeitlichen Einschränkungen auf der Straße sind unvermeidbar und von den Betroffenen und der Öffentlichkeit hinzunehmen. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren beteiligt und haben sich mit dem geplanten Vorhaben grundsätzlich einverstanden erklärt. Die Planfeststellungsbehörde hat die notwendigen Entscheidungen zu den Forderungen, Anregungen und Einwänden der Behörden und Träger öffentlicher Belange getroffen und die erforderlichen Auflagen erteilt, um die bauzeitlichen, die denkmal- und umweltrechtlichen und zukünftigen betrieblichen Auswirkungen des Vorhabens in angemessenem Umfang zu berücksichtigen. Das öffentliche Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens überwiegt.

Die in dieser Genehmigung erlassenen Nebenbestimmungen und getroffenen Entscheidungen sind in dem festgesetzten Umfang erforderlich. Sie greifen in die Rechte Dritter nicht in unzumutbarer Weise ein und sind von den Betroffenen hinzunehmen.

In die Rechte der Vorhabenträgerin wird durch die verfügbaren Auflagen ebenfalls nicht unverhältnismäßig eingegriffen, da sie als Veranlasserin der Maßnahme dafür Sorge zu tragen hat, dass die negativen Auswirkungen des Vorhabens möglichst geringgehalten werden. Darüber

hinaus stellen die erteilten Auflagen keine übermäßigen Anforderungen an die Vorhabenträgerin dar. Die Auflagen sind gerechtfertigt und auch verhältnismäßig.

Nach einer Gesamtabwägung aller durch das Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange wird dem Antrag der Vorhabenträgerin nach Maßgabe der im verfügenden Teil getroffenen Entscheidungen, Nebenbestimmungen und Zusagen entsprochen, da die Voraussetzungen für die Erteilung einer Plangenehmigung gemäß §§ 28 Abs. 1 PBefG, 74 Abs. 6 VwVfG vorliegen. Dabei sind alle für und gegen das Vorhaben sprechenden Belange abgewogen worden.

C

**Kostenentscheidung**

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf der Tarifstelle 7101 b) aus dem Gebührenverzeichnis der Verwaltungsgebührenordnung (VGebO). Die Festsetzung der Gebühr ergeht mit einem gesonderten Bescheid.

D

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die vorstehende Plangenehmigung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung der Plangenehmigung Klage beim

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Hardenbergstraße 31,

10623 Berlin

erhoben werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

- IV E 1 -

Im Auftrag



Wanzek

Berlin, den 25. Januar 2024

## E

### Hinweise

Die Anfechtungsklage gegen die Plangenehmigung für den Bau oder die Änderung von Betriebsanlagen für Straßenbahnen hat gemäß § 29 Abs. 6 PBefG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen die vorstehende Plangenehmigung nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung der Plangenehmigung bei dem oben genannten Gericht gestellt und begründet werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch die Plangenehmigung Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Die Plangenehmigung wird zudem denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, mit Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt.

### Abkürzungsverzeichnis

<b>ABL</b>	Amtsblatt
<b>ABSV</b>	Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverein
<b>Abs.</b>	Absatz
<b>Abt.</b>	Abteilung
<b>AG</b>	Aktiengesellschaft
<b>AöR</b>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<b>AOX</b>	Adsorbierbare organisch gebundene Halogene
<b>AV Geh- und Radwege</b>	Ausführungsvorschriften zu § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege
<b>AVV</b>	Abfallverzeichnis-Verordnung
<b>AVV Baulärm</b>	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen
<b>AZG</b>	Allgemeines Zuständigkeitsgesetz
<b>BA</b>	Bezirksamt
<b>BaumSchVO</b>	Baumschutzverordnung
<b>BerlStrG</b>	Berliner Straßengesetz
<b>BGG</b>	Behindertengleichstellungsgesetz
<b>BImSchG</b>	Bundes-Immissionsschutzgesetz
<b>BImSchV</b>	Bundesimmissionsschutzverordnung
<b>BNatSchG</b>	Bundesnaturschutzgesetz
<b>BOStrab</b>	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen
<b>BTEX</b>	Aromatische Kohlenwasserstoffe (Benzol, Toluol, Ethylbenzol, Xylol)
<b>BVG</b>	Berliner Verkehrsbetriebe
<b>BWB</b>	Berliner Wasserbetriebe
<b>BWG</b>	Berliner Wassergesetz
<b>bzgl.</b>	bezüglich
<b>bzw.</b>	Beziehungsweise



<b>ca.</b>	circa
<b>cm</b>	Zentimeter
<b>CO<sub>2</sub></b>	Kohlenstoffdioxid
<b>DIBt</b>	Deutsches Institut für Bautechnik
<b>DIN</b>	Deutsches Institut für Normung
<b>DOC</b>	Gelöster organischer Kohlenstoff ( <i>engl. Dissolved Organic Carbon</i> )
<b>DSchG Bln</b>	Denkmalschutzgesetz Berlin
<b>DSV</b>	Düsenstrahlverfahren
<b>e.V.</b>	eingetragener Verein
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>EN</b>	Europäische Norm
<b>EPA</b>	Environmental Protection Agency
<b>ErsatzbaustoffV</b>	Ersatzbaustoffverordnung
<b>etc.</b>	et cetera
<b>FB</b>	Fachbereich
<b>g</b>	Gramm
<b>gem.</b>	gemäß
<b>GFS</b>	Geringfügigkeitsschwelle / Geringfügigkeitsschwellenwert
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>ggf.</b>	gegebenenfalls
<b>GmbH</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>GVBl.</b>	Gesetz- und Verordnungsblatt
<b>h</b>	Stunde
<b>Hs.</b>	Halbsatz

<b>IEC</b>	Internationale Elektrotechnische Kommission ( <i>engl. International Electrotechnical Commission</i> )
<b>i.S.d.</b>	im Sinne der/des
<b>ISO</b>	Internationale Organisation für Normung
<b>i.S.v.</b>	im Sinne von
<b>i.V.m.</b>	in Verbindung mit
<b>Kfz</b>	Kraftfahrzeug
<b>KG</b>	Kommanditgesellschaft
<b>KrWG</b>	Kreislaufwirtschaftsgesetz
<b>KSG</b>	Bundes-Klimaschutzgesetz
<b>KW</b>	Kohlenwasserstoffe
<b>l</b>	Liter
<b>LAGA</b>	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall
<b>LAWA</b>	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser
<b>LCKW</b>	Leichtflüchtige Chlorierte Kohlenwasserstoffe oder leichtflüchtige Chlorkohlenwasserstoffe
<b>LDA</b>	Landesdenkmalamt
<b>LGBG</b>	Landesgleichberechtigungsgesetzes
<b>LHKW</b>	Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe
<b>LImSchG Bln</b>	Landesimmissionsschutzgesetz Berlin
<b>lit.</b>	littera (= Buchstabe)
<b>m</b>	Meter
<b>m<sup>2</sup></b>	Quadratmeter
<b>m<sup>3</sup></b>	Kubikmeter
<b>MessEG</b>	Mess- und Eichgesetz
<b>MessEV</b>	Mess- und Eichverordnung

<b>MKW</b>	Mineralölkohlenwasserstoffe
<b>MobG BE</b>	Berliner Mobilitätsgesetz
<b>MwSt.</b>	Mehrwertsteuer
<b>NatSchG Bln</b>	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz)
<b>NHN</b>	Normalhöhennull
<b>Nr.</b>	Nummer
<b>NWFreiV</b>	Niederschlagswasserfreistellungsverordnung
<b>o.ä.</b>	oder ähnlich
<b>ÖPNV</b>	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>PAK</b>	Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
<b>PBefG</b>	Personenbeförderungsgesetz
<b>PCB</b>	Polychlorierte Biphenyle
<b>pH</b>	potentia hydrogenii
<b>RAS-LP4</b>	Richtlinien für die Anlage von Straßen Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen
<b>RSA 21</b>	Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen Ausgabe 21
<b>s</b>	Sekunde
<b>S.</b>	Satz
<b>s.o.</b>	siehe oben
<b>S/m</b>	Siemens pro Meter
<b>SBB</b>	Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin
<b>SenMVKU</b>	Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
<b>SGA</b>	Straßen- und Grünflächenamt

<b>SoAbfEV</b>	Verordnung über die Andienung gefährlicher Abfälle und die Sonderabfallgesellschaft – Sonderabfallentsorgungsverordnung
<b>STUVA</b>	Studiengesellschaft für Tunnel und Verkehrsanlagen
<b>StVO</b>	Straßenverkehrs-Ordnung
<b>t</b>	Tonne
<b>TAB</b>	Technische Aufsichtsbehörde
<b>TöB</b>	Träger öffentlicher Belange
<b>TR</b>	Technische Regeln
<b>u.a.</b>	unter anderem
<b>UDB</b>	Untere Denkmalschutzbehörde
<b>usw.</b>	und so weiter
<b>UVP</b>	Umweltverträglichkeitsprüfung
<b>UVPG</b>	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
<b>UVPG-Bln</b>	Berliner Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
<b>v.a.</b>	vor allem
<b>VC</b>	Vinylchlorid
<b>VermGBln</b>	Gesetz über das Vermessungswesen im Berlin
<b>VGebO</b>	Verwaltungsgebührenordnung
<b>vgl.</b>	vergleiche
<b>VwGO</b>	Verwaltungsgerichtsordnung
<b>VwVfG</b>	Verwaltungsverfahrensgesetz
<b>WHG</b>	Wasserhaushaltsgesetz
<b>z.B.</b>	zum Beispiel
<b>ZustKat Ord</b>	Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben
<b>zzgl.</b>	zuzüglich

### Fassungs- und Fundstellennachweis

<b>1. BImSchV</b>	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen vom 26. Januar 2010 (BGBl. I S. 38), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4676) geändert worden ist
<b>16. BImSchV</b>	16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - <b>16. BImSchV</b> ) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 04. November 2020 (BGBl. I S. 2334)
<b>24. BImSchV</b>	24. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrswege Schallschutzmaßnahmenverordnung - <b>24. BImSchV</b> ) vom 04. Februar 1997 (BGBl. I S. 172, S. 1253), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 23. September 1997 (BGBl. I S. 2329)
<b>26. BImSchV</b>	26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder - <b>26. BImSchV</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3266)
<b>32. BImSchV</b>	32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - <b>32. BImSchV</b> ) vom 29. August 2002 (BGBl. I S. 3478), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146)
<b>39. BImSchV</b>	39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen - <b>39. BImSchV</b> ) vom 02. August 2010 (BGBl. I S. 1065), zuletzt geändert durch Artikel 112 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)
<b>41. BImSchV</b>	41. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Bekanntgabeverordnung - <b>41. BImSchV</b> ) vom 02. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1001, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)
<b>ASOG Bln</b>	Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz - <b>ASOG Bln</b> ) in der Fassung vom 11. Oktober 2006 (GVBl. S. 930), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (GVBl. S. 459)
<b>AV Geh- und Radwege</b>	Ausführungsvorschriften zu § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege ( <b>AV Geh- und Radwege</b> ) vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2022 (GVBl. S. 631)
<b>AVV Baulärm</b>	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschemissionen – vom 19. August 1970 ( <b>AVV Baulärm</b> , Beilage zum Bundesanzeiger Scherz. – Nr. 160 vom 01. September 1970)
<b>BauGB</b>	Baugesetzbuch ( <b>BauGB</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)
<b>BaumSchVO</b>	Verordnung zum Schutze des Baumbestandes in Berlin (Baumschutzverordnung - <b>BaumSchVO</b> ) vom 11. Januar 1982 (GVBl. S. 250), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03. Januar 2023 (GVBl. S. 11)

<b>BauNVO</b>	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - <b>BauNVO</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
<b>BauO Bln</b>	Bauordnung für Berlin ( <b>BauO Bln</b> ) vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), mehrfach geändert, §§ 3 und 65 neu gefasst, § 63b aufgehoben, §§ 65a bis 65d, 72a und Anlage eingefügt durch Gesetz vom 20.12.2023 (GVBl. S. 472)
<b>BBodSchG</b>	Bundes-Bodenschutzgesetz ( <b>BBodSchG</b> ) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
<b>BBodSchV</b>	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung ( <b>BBodSchV</b> ) vom 09. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)
<b>Bln BodSchG</b>	Berliner Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Berliner Bodenschutzgesetz - <b>Bln BodSchG</b> ) vom 24. Juni 2004, zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. September 2019 (GVBl. S. 554)
<b>BerlStrG</b>	Berliner Straßengesetz ( <b>BerlStrG</b> ) vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. November 2023 (GVBl. S. 350)
<b>BGG</b>	Gesetz zur Gleichstellung behinderte Menschen - Behindertengleichstellungsgesetz ( <b>BGG</b> ) vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1468), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760)
<b>BlmSchG</b>	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionschutzgesetz - <b>BlmSchG</b> ), vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)
<b>BlnDSG</b>	Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz - <b>BlnDSG</b> ) vom 13. Juni 2018 (GVBl. S. 418), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1121)
<b>BNatSchG</b>	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - <b>BNatSchG</b> ) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)
<b>BOStrab</b>	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung - <b>BOStrab</b> ) vom 11. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2648), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung zur Änderung der Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 01. Oktober 2019 (BGBl. I S. 1410)
<b>BWG</b>	Berliner Wassergesetz ( <b>BWG</b> ) in der Fassung vom 17. Juni 2005 (GVBl. S. 357, ber. 2006, S. 248 und 2007, S. 48), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung in Berlin vom 25. September 2019 (GVBl. S. 612)
<b>DSchG Bln</b>	Gesetz zum Schutz von Denkmalen in Berlin (Denkmalschutzgesetz Berlin - <b>DSchG Bln</b> ) vom 24. April 1995 (GVBl. S. 274), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1167)

<b>Ersatzbau-stoffV</b>	Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatz-baustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung - <b>Ersatzbau-stoffV</b> ) vom 09. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598), zuletzt geändert die Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 186)
<b>FStrG</b>	Bundesfernstraßengesetz ( <b>FStrG</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I S. 2023 I Nr. 409)
<b>GebBeitrG</b>	Gesetz über Gebühren und Beiträge ( <b>GebBeitrG</b> ) vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an die Änderung der Justizbeitreibungsordnung und weiterer Gesetze vom 5. Juni 2019 (GVBl. S. 284)
<b>GG</b>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 ( <b>GG</b> ) (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478)
<b>KrWG</b>	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - <b>KrWG</b> ) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
<b>KrW-/AbfG Bln</b>	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen in Berlin (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Berlin - <b>KrW-/AbfG Bln</b> ) vom 21. Juli 1999 (GVBl. S. 413), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2022 (GVBl. S. 120)
<b>KSG</b>	Bundes-Klimaschutzgesetz vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3905) geändert worden ist
<b>LGBG</b>	Landesgleichberechtigungsgesetz ( <b>LGBG</b> ) vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1167)
<b>LImSchG Bln</b>	Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin ( <b>LImSchG Bln</b> ) vom 7. Dezember 2023 (GVBl. S. 406)
<b>MessEG</b>	Gesetz über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt, ihre Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz - <b>MessEG</b> ) vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2723), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09. Juni 2021 (BGBl. I S. 1663)
<b>MessEV</b>	Verordnung über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt sowie über ihre Verwendung und Eichung (Mess- und Eichverordnung - <b>MessEV</b> ) vom 11. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2010, 2011), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 26. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4742)
<b>MobG BE</b>	Berliner Mobilitätsgesetz ( <b>MobG BE</b> ) vom 05. Juli 2018 (GVBl. S. 464), zuletzt geändert durch Abschnitt 5 abgeändert zu neuem Abschnitt 5 mit §§ 60 bis 68 und Abschnitt 6 mit § 69 durch Gesetz vom 04.10.2023 (GVBl. S. 337)
<b>NatSchG Bln</b>	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz - <b>NatSchG Bln</b> ) vom 29. Mai 2013 (GVBl. S. 140), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1166)

<b>NWFreiV</b>	Verordnung über die Erlaubnisfreiheit für das schadloze Versickern von Niederschlagswasser (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung - <b>NWFreiV</b> ) vom 24. August 2001 (GVBl. S. 502), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28.04.2016 (GVBl. S. 248)
<b>PBefG</b>	Personenbeförderungsgesetz ( <b>PBefG</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 02. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
<b>PlanSiG</b>	Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - <b>PlanSiG</b> ) vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344)
<b>StPO</b>	Strafprozessordnung ( <b>StPO</b> ) in der Fassung vom 07. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 203)
<b>StVO</b>	Straßenverkehrs-Ordnung ( <b>StVO</b> ) vom 06. März 2013 (BGBl. I S. 367), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 28. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 236)
<b>UmwRG</b>	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/E (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz - <b>UmwRG</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2017 (BGBl. I S. 3290), zuletzt geändert durch Artikel 14b des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405)
<b>UVPG</b>	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ( <b>UVPG</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
<b>UVPG-Bln</b>	Gesetz über die Prüfung von Umweltauswirkungen bei bestimmten Vorhaben, Plänen und Programmen im Land Berlin (Berliner Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung - <b>UVPG-Bln</b> ) vom 07. Juni 2007 (GVBl. S. 222), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung in Berlin vom 25. September 2019 (GVBl. S. 612)
<b>VGebO</b>	Verwaltungsgebührenordnung ( <b>VGebO</b> ) in der Fassung vom 24. November 2009 (GVBl. S. 707, ber. S. 894), zuletzt durch Verordnung vom 05. September 2023 (GVBl. S. 341)
<b>VermGBln</b>	Gesetz über das Vermessungswesen in Berlin ( <b>VermGBln</b> ) vom 09. Januar 1996 (GVBl. S. 56), zuletzt geändert durch Artikel 41 des Gesetzes vom 12. Oktober 2020 (GVBl. S. 807)
<b>VwGO</b>	Verwaltungsgerichtsordnung ( <b>VwGO</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
<b>VwVfG</b>	Verwaltungsverfahrensgesetz ( <b>VwVfG</b> ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344)



<b>VwVfG BE</b>	Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung ( <b>VwVfG BE</b> ) vom 21. April 2016 (GVBl. S. 218), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1117)
<b>VwVG</b>	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz ( <b>VwVG</b> ) vom 27. April 1953 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)
<b>WHG</b>	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - <b>WHG</b> ) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)